

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst. Sonntag.
Bezugpreis vierteljährl. 1,50 Mk.
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postäm-
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 55,
Urbanstr. 63 I. Fernr.: Wpt. 8658.

Anzeigenpreis
die hiergetragene Zeilzeile 20 Wt.
für Verbandsmitglieder 30 Wt.;
Stellungsangebote 60 Wt.; Verlam-
pungsangelegenheiten 30 Wt. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 36.

Berlin, den 31. August 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 36. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensoviel die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und muß sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Unterm 23. August haben wir den Zahlstellen und Gauen ein Rundschreiben und den Entwurf eines Reichstarifs für die in den Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbüchsenfabriken beschäftigten Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen zugehen lassen.

In einem weiteren Rundschreiben, das der Sendung beigelegt war, wird die Wahl der Vertreter für den Tarifausschuß erörtert.

Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, erbitten wir sofortige Nachricht.

2. Die Berichtskarten für das Statistische Reichsamt (graue Karten) sind in der abgelautenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag für die Fählung der Arbeitslosen kommt in diesem Monat der 30. August in Betracht.

Für die richtige Beantwortung der in den Berichtskarten gestellten Fragen ist im „Handbuch für die Bevollmächtigten“, auf Seite 226-237, eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den in den neu-gewählten Zahlstellen tätigen Kassierern, zur geneigten Beachtung empfehlen.

Mit Rücksicht darauf, daß durch die zurzeit bestehenden schwierigen Verkehrsverhältnisse die Beförderung der Postfächer sehr verzögert wird, ersuchen wir die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die Berichtskarten rechtzeitig ausgefüllt und dann sofort an uns eingekandt werden. Diese müssen spätestens am 5. September bei uns eingetroffen sein.

3. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu festgesetzt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

	Männl. Mitgl. pro Woche	Weibl. Mitgl. pro Woche
Stoblenz	15 Pf.	10 Pf.
Wiesburg	20 „	10 „

Der Verbandsvorstand.

Die Beschlüsse unseres Verbandstages.

1. Die Anträge.

Die Erledigung der dem Verbandstag vorliegenden Anträge konnte in unserem vorläufigen Bericht vom Verbandstag nur ganz summarisch behandelt werden, da der Bericht auf dem Verbandstag selbst während der Verhandlungen geschrieben wurde und dabei nicht Zeit blieb, mehr zu sagen als gesehen. Das Sitzungsstempo der letzten beiden Verhandlungstage erwies sich auch diesmal als das Mittel, das möglichst nicht zur Anwendung kommen sollte. Man darf annehmen, daß mancher der Delegierten, die zum ersten Male auf einem Verbandstage anwesend waren, bei der Durchsichtigung der Anträge nicht immer wußten, welcher von diesen zur Abstimmung stand. Im folgenden soll darum ein Heberblick gegeben sein über die vom Verbandstag angenommenen Anträge.

Zu „Name, Sitz und Umfang des Verbandes“ wurde beschlossen, unseren Verband für die Folge „Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands“ zu benennen (H. Antrag 1) und im § 1 Abs. 2 die Worte einzufügen „Papierbe- und verarbeitungsindustrie“ (Antrag 3). Das Wort „Posteufüller“ im § 1 zu streichen wurde abgelehnt (Antrag 2). Die andere Benennung unseres Verbandes machte sich notwendig durch die Ausschmüzung desselben in den letzten Monaten, wobei sich der erfreuliche Zuwachs in der Hauptsache aus den sogenannten Nebenbranchen ergab und darum auch im Namen des Verbandes zu erkennen sein muß, daß nicht nur Buchbinder, sondern auch das Gros der Papierverarbeiter in ihm ihre Interessenvertretung sehen sollen.

Ueber den „Zweck des Verbandes“ wurde beschlossen, daß im § 2 Abs. 2 des Statuts unter o gesagt werden soll: „Regelung und Kontrolle des Lehrlingswesens, des Arbeitsnachweises und der Herberge“, wie es Antrag 5 verlangte. Eine längere Debatte entfiel dem Antrag 4, der im Statut die schärfere Betonung des „proletarischen Klassenkampfes“ forderte, jedoch mit 51 gegen 47 Stimmen abgelehnt wurde. Ganz offensichtlich war der Antrag von der Mehrheit des Verbandstages nur als Demonstration aufgefaßt worden, denn es kam zum Ausdruck, daß die Formen und Grundlagen zur Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht durch einen gewissen Wortabfalschismus, sondern nur durch die tatsächlichen Verhältnisse bestimmt werden können.

Zu „Beitritt und Beitrag“ wurde Antrag 6 angenommen, der das Eintrittsgeld für die Beitragsklassen 1 bis 3 auf 50 Pf. und für die Beitragsklassen 4 und 5 auf 1 Mk. festsetzt. Der wöchentliche Beitrag wurde bestimmt nach Antrag 20 mit der Aenderung, daß in Klasse 1 40 Pf. Beitrag gezahlt werden soll. In Klasse 2 soll 60 Pf., in Klasse 3 70 Pf., in Klasse 4 1 Mk. und in Klasse 5 1,50 Mk. Beitrag gezahlt werden. Hierzu kommen denn noch in allen Klassen die jeweiligen Lokalbeiträge. Von jedem Beitrag der 5. Klasse gelten je 25 Pf. als für die Invalidenunterstützung geleistet. Diese so erhöhten Beiträge treten mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Ferner hatte der Verbandstag mit 47 gegen 46 Stimmen einen Antrag (33) angenommen, der die Beitragsleistung nach dem Verdienst fest-

setzen und den Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern in der Beitragsleistung aufheben wollte, so daß unsere Kolleginnen auch in die 4. und 5. Klasse steuern könnten. Nachträglich entstanden jedoch über die Abstimmung und auch über die Tragweite dieses Beschlusses Bedenken, so daß auf Antrag der Ehrenkommission eine nochmalige kurze Debatte stattfand, als deren Resultat der Beschluß zu gelten hat, daß die Anträge 31 bis 33, die den Kolleginnen das Recht geben sollten, auch in höhere Klassen als vordem zu steuern, dem Verbandsvorstand überwiesen wurden. Dieser soll bis zum nächsten Verbandstag die notwendigen Unterlagen zur Beurteilung der Tragweite dieser Anträge beschaffen.

In bezug auf die „Unterstützungen“ wurde beschlossen, daß mit Ausnahme der Streit- und Gemafregelten- und der Invalidenunterstützung alle Unterstützungsarten unverändert bestehen bleiben sollen, bis in der zweiten Hälfte des Juni nächsten Jahres der neu zu schaffende Beitrag eine Vorlage ausgearbeitet hat, die den Mitgliedern so zeitig zur Diskussion und Abstimmung unterbreitet werden soll, daß ihre Durchführung im Falle der Annahme mit dem 1. Oktober 1920 erfolgen kann. Zur Streit- und Gemafregeltenunterstützung wurde beschlossen, daß künftig ein Unterschied zwischen Mitgliedern mit und ohne Hausstand nicht mehr gemacht werden soll. Die Unterstützung soll in der Regel betragen:

In Beitragsklasse	I II III VI V				
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
n. 26 Woch. Beitragsleist.	7,80	10,80	13,50	17,40	21,—
„ 52 „ „	10,80	12,—	16,50	21,60	27,—
„ 156 „ „	12,—	15,—	19,50	24,—	30,—
„ 260 „ „	15,—	18,—	22,50	27,—	33,—
„ 520 „ „	18,—	21,—	25,50	30,—	36,—

Anßerdem kann für jedes Kind unter 14 Jahren pro Tag 75 Pf. gezahlt werden, die Woche zu 6 Tagen gerechnet. Jedoch soll die Unterstützung insgesamt 4 des bei regelrechter Arbeitszeit erzielten Verdienstes nicht übersteigen. Zur „Invalidenunterstützung“ wurde beschlossen, daß diese nach der im § 22 des Statuts angegebenen Beitragsleistung pro Monat 30 Mk., nach Leistung von weiteren 200 Beiträgen 35 Mk. und nach 520 Beiträgen 40 Mk. betragen soll.

Zu „Arbeitsnachweis“ beschloß der Verbandstag, daß in den Zahlstellen nach Möglichkeit paritätisch verordnete Arbeitsnachweise einzurichten sind.

Längere Debatten zeitigten die Anträge, die sich mit der „Verwaltung des Verbandes“ beschäftigten. Abgelehnt wurde ein Antrag, der die Wahl der Beisitzer zum Verbandsvorstand von der Vorortzahlstelle vorzunehmen verlangte. Diese Wahlen finden jetzt auf dem Verbandstage selbst statt. Die Bewerber um eine verantwortliche Stelle im Verband müssen mindestens 5 Jahre Mitglied sein. Der Antrag 104 wurde mit 49 gegen 48 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt. Er verlangte, daß die Wahl der Lokalarbeitsstellen von der jeweiligen Zahlstelle selbst vorgenommen wird. Dem Verbandsvorstand und Beirat sollte nur das Bestätigungsrecht zustehen. Außerdem sollten sich mit Ausnahme der auf dem Verbandstag zu wählenden Angestellten alle übrigen alljährlich erneut zur Wahl stellen. Mit der Ablehnung dieses Antrages hätte auch ganz logischerweise Antrag 106 fallen müssen, da er im wesent-

lichen das gleiche bezweckt. Die Abstimmung ergab jedoch eine Mehrheit von 52 gegen 49 Stimmen für den Antrag, der in seinem entscheidenden Teil lautet:

Die Anstellung von Zahlstellen und Lokalangelegenheiten erfolgt durch die Mitglieder der betreffenden Zahlstelle durch Urabstimmung selbst, nachdem die Dringlichkeit der Anstellung durch den Verbandsvorstand und Ausschuss anerkannt ist.

Sowohl in der Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle ein entsprechender Antrag von Mitgliedern eingebracht wird (auch von einer Minderheit) haben sich die Zahlstellen- und Lokalbeamten durch dieser Versammlung einer Neuwahl durch Urabstimmung zu unterziehen.

Sämtliche Stellen müssen öffentlich in der „Buchbinder-Zeitung“ zur Bewerbung ausgeschrieben werden.

Die Funktionen der Angestellten von der jeweiligen Zahlstellenverwaltung alljährlich bestimmen zu lassen, lehnte der Verbandstag ab.

Um die Verwaltung des Verbandes auf eine breitere Grundlage zu stellen, beschloß der Verbandstag die Schaffung eines Verbandsbeirates. Der entsprechende einstimmig gefasste Beschluß lautet:

Auf je 3000 Mitglieder wird ein Delegierter und ein Ersatzmann in den Beirat gewählt. Die Wahl hat innerhalb 6 Wochen nach Schluß des Verbandstages durch Urwahl zu erfolgen, wozu die Bildung von Wahlbezirken vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorzunehmen ist.

Der Beirat hat in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand und dem Redakteur des Verbandsorgans in allen wichtigen, das Verbandsleben berührenden Fragen zu entscheiden.

Er ist nach Bedarf einzuberufen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn drei Viertel seiner Mitglieder das beantragen.

Auf Beschluß des Verbandstages sollen nur nicht-besolobte Mitglieder gewählt werden. Besolobte Mitglieder können zu den Verhandlungen zugezogen werden, falls dies notwendig ist. Der Vorsitzende des Verbandsausschusses soll zu den Verhandlungen des Beirats ebenfalls zugezogen werden.

Die Anträge, welche die Bildung von Mitgliederausschüssen verlangen, wurden daraufhin zurückgezogen. Beschlossen wurde weiter, daß an der Spitze eines jeden Gaus eine aus 3 bis 5 Personen bestehende Gauverwaltung stehen soll, die von den Mitgliedern des Gausvororts im Anschluß an den Verbandstag zu wählen ist. Ueber die größere Anteilnahme der Gauverwaltungen an den Verhandlungen der Zahlstellen fasste der Verbandstag folgenden Beschluß:

Die Entwicklung im Verband hat es mit sich gebracht, daß die Gauleiter bei allen Lohnbewegungen innerhalb ihres Gauses helfend und fördernd eingreifen müssen. Die Verbandsleitung ist bei Durchführung und Überwachung der Lohnbewegungen auf die Mithilfe der Gauleiter angewiesen.

Der Heker.

Stilze von K. W. in A. M. r.

Als die kleine Ladentür bei Alois Degenhardt an diesem Sommermittag endlich einmal ihr zimperlich helles Glädchen aufstiegen ließ, sah der brave Schuster gerade bei seinem Bidorienkaffee mit Frau und Kindern zusammen. Große Stücke Schwarzbrot bildeten den anderen Teil des Mahles, das nicht gerade eine Schwelgerei genannt werden konnte und doch mit offenbar hartem Appetit seitens der jungen Degenhardt verzehrt wurde.

Ach, diese Klingel rührte sich wirklich gar zu selten. Und die Reihen von feinen und gröberen Schuh- und Stiefelpaaren zum Schnüren und Knöpfen, mit Gummistapfen und Schnallenmechanik, arifistokratisches Radleder, solide Vorleses, vierschrötige Nagelschuhe, Hingen und Handen unbeschert an der Decke und in den um die Wände laufenden Regalen.

Ein beredter Geschäftstreisender hatte dem armen Alois unter Hinweis auf die neuen Sommerfrischhotels im Frühling alle die Waren aufgedrängt, das Lädchen einrichten lassen und auch Empfehlungskarten zum Verteilen in den Hotels besorgt. Aber der Erfolg war leider ausgeblieben. Die Fremden kauften kein neues Schuhwerk im Dorfe. Dazu fuhrten sie in die nächste Stadt, wo es ihrer Meinung nach besser und billiger war.

Der erst so großmütig gewesene Lieferant jedoch schrieb jetzt einen Mahndbrief nach dem anderen und drohte mit allerlei Zwangsmaßnahmen, die dem Schuster ganz sicher das Häuschen kosten würden,

Dieser Umstand erfordert, daß die Gauleitungen in höherem Maße wie bisher sich um die Verhältnisse der kleinen und mittleren Zahlstellen bemühen müssen. Es muß ihr Bestreben sein, unter vollster Wahrung der Selbständigkeit jeder einzelnen Zahlstelle die Verwaltung und Kassengeschäfte zu übernehmen und zur Erledigung zu bringen.

Zum Abschnitt „Urabstimmung“ wurde beschlossen, daß grundlegende Beschlüsse über Umstrukturierungsbedingungen oder herabsetzungen außer auf dem Verbandstag nur durch Urabstimmung gefaßt werden können.

Zum Abschnitt „Verbandstag“ erklärte sich der Verbandstag dahin, daß eine Wahl der Delegierten zum Verbandstag dann nicht vorgenommen zu werden braucht, wenn nicht mehr Kandidaten zur Wahl stehen, als Delegierte zu wählen sind.

Für die Zukunft soll in Wahlbezirken mit mehr als einem Delegierten auf Grund der Verhältnisauswahl nach gebundener Liste gewählt werden. Für die Folgezeit haben je 600 Mitglieder das Recht, einen Delegierten zum Verbandstag zu entsenden (bisher 400). Diese Erhöhung ist durch die gewaltig gestiegene Mitgliederzahl unseres Verbandes notwendig geworden.

Von den „Allgemeinen Anträgen“ befaßten sich die unter Nr. 145 bis 148 mit den Zahlstellen zur Verteilung ökonomischer Ausgaben verbleibenden Beitragsanteilen, mit der Entschädigung der Vorsitzenden und Kassierer in Zahlstellen ohne Angestellten aber mit mehr denn 100 Mitgliedern und mit einer Neuregelung der Kassierereinstellungen in Zahlstellen mit mehr denn 500 Mitgliedern. Diese vier Anträge wurden dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ueber die Wahlen der Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen wurde beschlossen, daß je ein Mandat für den Verbandsvorstand und den Redakteur nicht zur Wahl zu stellen ist, die übrigen Delegierten aber durch Urwahl nach dem Verhältniswahlverfahren in einem Wahlkreis über das ganze Reich zu wählen sind. Mit Stimmengleichheit, bei 7 Enthaltungen, wurde ein Antrag (152) abgelehnt, der die Verbandsmitglieder aus dem Verbandsausschleßte wollte, die den sogenannten Regierungskruppen angehören. Alle Anträge auf Anstellung von Beamten wurden dem Verbandsvorstand überwiesen.

Im Untertitel der „Buchbinder-Zeitung“ wird es bei Inkrafttreten des neuen Statuts heißen: „Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands“. Ein Antrag (162), der „Buchbinder-Zeitung“ eine alle 14 Tage oder alle vier Wochen erscheinende Fachbeilage, etwa im Lexikonformat, beizulegen, in der die Entwicklung des Berufs und alle Fortschritte in demselben eingehend besprochen und neue Maschinen

das sein Weib vor Jahr und Tag von einer alten Verwandten mit einem Hypothekens darauf ererbt hatte.

Alois Degenhardt war also in schweren Sorgen. Er redete den Hals und sah durch das kleine Fenster in den Laden hinein. Gott sei Dank, der Gerichtsvollzieher war es nicht, der da eingetreten war. Kurze Sprang er vom Stuhle, zog den Rock über die Arbeitskürage und ging, den Fremden zu bedienen.

Es war ein sehr nobler Herr, dem er gleich danach gegenüberstand. Wühende Ringe an den Fingern, eine funkelnde Kravattennadel, die Uhr an schwerer goldner Kette; und ein Schuhwerk an den Füßen: kreuzelement, darauf verstand sich Degenhardt, wie's nur die Hofschuhmacher in der Residenz liefern. Für kostbares Geld natürlich!

Alois machte einen tiefen, ehrfürchtigen Wink. Er hatte jaust diesen Sommergast schon verschiedentlich an seinem Häuschen vorüberholzieren sehen, aber nie zu hoffen gewagt, seiner Kundschaft für würdig erachtet zu werden. Wollte das launische Glück sich endlich doch darauf befinden, daß es auch einen armen Schuster nicht ganz und gar vergessen dürste?

„Womit kann ich dem Herrn dienen?“ erkundigte sich Alois freudig.

„Guten Tag, Alois!“ sagte der Fremde halb-laut, und ein halb gutmütiges, halb spöttisches Lächeln legte sich dabei um seine schmalen Lippen. „Kennst Du mich wirklich nicht mehr?“

Der Schuhmacher sah betroffen auf und schüttelte das struppige Haupt mit den herumlöfen blauen

und Patente in Wort und Bild erläutert, sowie Fachleute vor Auf als Mitarbeiter herangezogen sind, wurde dem Verbandsvorstand und der Redaktion zur Prüfung auf seine Durchführbarkeit überwiejen.

Beschlossen wurde ferner, den Verbandsvorstand zu beauftragen, beim Reichsarbeitsamt mit aller Entscheidung darauf hinzuwirken, daß den Arbeiterorganisationen und dem Betriebsausschüssen das gesetzliche Mitbestimmungsrecht bei folgenden Angelegenheiten zugestanden wird:

- 1. Festlegung der Löhne; 2. Einstellungen und Entlassungen; 3. Arbeitszeit und Arbeitsverteilung; 4. Gewährung von Ferien; 5. Überwachung der Preise über Halb- und Fertigfabrikate sowie der Rohstoffe (Antrag 160). Desgleichen von der Reichsregierung und den Regierungen der deutschen Freistaaten zu verlangen, die durch Gefängnisarbeit betriebene Schmutzkonkurrenz zu beseitigen.

Der größte Teil der hier nicht erwähnten Anträge zum Verbandstage erledigte sich durch Beschlußfassung über andere Anträge von selbst oder wurde zurückgezogen, ein anderer Teil wurde durch die ersten Tagesordnungspunkte des Verbandstages mit erledigt. Auf diese kommen wir in einem zweiten Artikel zurück.

Der Reichstarif für die Eisindustrie.

Mit dem Abschluß des Reichstarifs schwebten zwischen unserem Verband und dem Verband der Eisfabrikanten Verhandlungen über die endgültige Festlegung der Preisabstufung. Dazu kam noch das Verlangen der Arbeiterschaft nach Gewährung von Feiertagszulagen und Ferien.

Am 10. August fanden in Leipzig Verhandlungen statt zur Regelung der aufgeworfenen Fragen und Forderungen, die, um es vorweg zu sagen, eine befriedigende Lösung im Sinne der Arbeiterschaft nicht gebracht haben. Wenn sich die Unterhändler trotzdem mit dem durch langwierige Verhandlungen Erreichten abfinden, so deshalb, weil im Spätherbst mit den Vorbereitungen für das neue Tarifabkommen begonnen werden muß.

Bezüglich der Ortsklasseneinteilung wurde vereinbart, daß Rathenow von der 2. zur 3. Klasse und Grimma von der 4. zur 3. überschrieben werden soll. Kassel, das bisher nicht bezeichnet war, soll in die 3. Klasse eingestuft werden.

In der Frage der Gewährung von Ferien berieten sich die Herren Fabrikanten darauf, daß in den Abmachungen bei Abschluß des Reichstarifs vereinbart sei, daß die Ferienfrage späteren Vereinbarungen vorbehalten bleiben soll und daß darunter der spätere Tarifabschluß zu verstehen sei. Die Herren vertieften sich sogar soweit, zu sagen, daß das Verlangen nach Ferien während der Tarifdauer einen glatten Tarifbruch darstelle. Die Unterhändler der Gehilfen widersprachen

Augen. Dann plötzlich ging ein Juden durch sein Gesicht. Sein Erstaunen wandelte sich in Entsetzen.

„Hörmann!“ rief er und rang unwillkürlich die Hände. „Karl, bist Du das wirklich?“

„Witte, nicht so laut!“ erwies ich ihn der Fremde ziemlich ungeschalt. „Ich heiße so längst nicht mehr. Prüben im Fremdenbuch der „Fürstenthöhe“ kannst Du mich als Baron Reiffingen finden. Aber das geht dich ja weiter nichts an. Ich bin um etwas ganz anderes gekommen. Du bist immer eine gute Haut gewesen und hast in der Lehre manchen Buckel doll für mich ausgepukt vom Meister sowohl wie vom Altgesellen.“

„Das weiß Gott!“ bestätigte Alois, trotzdem es ihm nicht ganz geheuer war, diesen merkwürdigen Baron in seinem Lädchen zu wissen, mit dem zusammen er einst das eheliche Handwerk Haus Sachsens erlernt hatte. „Aber Deine gutmütige Dummheit hat Dir nicht viel geholfen, wie ich aus mancherlei Angelegen gesehen habe. Sie haben Dich über den Köffel barbier, die elenden Gauner, die sich scheinheilig als die ehelichen Menschen aufspielen. Und sie wollen Dich langsam zugrunde richten.“

„Woher weißt Du das?“

„Ich habe immer Augen im Kopf gehabt, mein Vieber. Und erkundigt habe ich mich auch über Dich in den drei Wochen, die ich hier zu meiner Erholung zugebracht habe. Aber Du sollst nicht lapid geben! Ich will es nicht. Und darum bin ich gekommen, Dir zu helfen. Morgen früh reise ich ab. Und Du siehst mich wahrscheinlich nie wieder!“

Er zog aus seiner Brusttasche ein kleines Fläschchen blauer Seife hervor und fing an zu blättern.

der Auffassung der Fabrikanten mit allem Nachdruck und weisen darauf hin, daß in Mathenow z. B. die Arbeitgeber bereits Ferien zugestanden hätten, auch in vielen anderen Verufen wäre es im Laufe des Sommers zur Bewilligung von Ferien gekommen, obwohl tarifliche Vereinbarungen bestanden hätten, so z. B. auch im Bereich unseres Bierfädeltarifs. Doch die Herren konnten sich in ihrer engherzigen Kleinmeisterlichen Auffassung nicht dazu herbeilassen, den berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Diese muß also leider für dieses Jahr noch auf den Genuß einiger Ferientage verzichten.

An Teuerungszulagen wurden nach heftigen Auseinandersetzungen, bei denen von den Fabrikanten insbesondere hervorgehoben wurde, daß es ihnen vorwiegend bei den festgelegten Sätzen nicht mehr möglich sein würde, Exportgeschäfte zu machen, und daß die Inlandgeschäfte durch die verhältnismäßig hohen Preise der Produktion sehr zurückgehen werden, folgende vereinbart:

Stuismacher erhalten in Klasse

Table with 5 columns (1-5) and 4 rows showing wages for different years and classes.

Stuismacherinnen erhalten in Klasse

Table with 5 columns (1-5) and 2 rows showing wages for different years and classes.

Ueber 16 Jahre

Table with 5 columns (1-5) and 4 rows showing wages for different years and classes.

Für Leipzig wurden die Zuschläge für Gehilfen 1-3 Pf. über die Zuschläge der ersten Ortsklasse hinaus erhöht als Entgegenkommen dafür, daß die Vergebung von der dritten zur zweiten Klasse nicht zustande kam. Mathenow erhält an Zulagen für Gehilfen 35, 35, 40 und 40 Pf. und für Arbeiterinnen 5, 10, 20, 30 und 30 Pf. anstatt der Sätze für die dritte Ortsklasse.

Die Teuerungszuschläge sollen ab 2. August, in Leipzig aber ab 1. Juli berechnet werden. In Eigenbezug treten sie am 16. August in Kraft, da dort bereits schon Zulagen gezahlt wurden. In Dresden und Chemnitz sollen bei Gehilfen um 10 Pf. niedrigere Sätze als für Klasse 2 vereinbart zur Auszahlung kommen als Ausgleich dafür, daß die prinzipalseitig angeforderte Vergebung in die dritte Ortsklasse nicht zustande kam.

Die Akkordarbeiter sollen die vereinbarten Stundenzulagen auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden erhalten. Heimarbeiter sollen eine Zulage von 20 Proz. erhalten; für die besonderen Verhältnisse in Mathenow ist ein Zuschlag von 10 Proz. festgesetzt worden. Die Vereinbarungen sollen Geltung haben bis zum Ablauf des Tarifs am

1. April 1920. Erneute Forderungen auf Ortsklasseneinteilung und Teuerungszulagen dürfen bis dahin nicht erhoben werden.

An der Arbeitergemeinschaft der Eisenindustrie wird es nun liegen, die Vereinbarungen restlos in Wirksamkeit treten zu lassen und dahin zu streben, daß alle Vorkehrungen getroffen werden, damit bei dem im nächsten Frühjahr zu tätigen neuen Tarifabschluß ein für die Arbeiterschaft brauchbares Resultat erreicht werden kann.

Caribbewegung in der Berliner Luxuspapierbranche.

Die Arbeiterschaft in den Nebenabteilungen der photographischen Kunstdruckbetriebe und Chromolithographischen Anstalten beschäftigte sich bereits in einer am 7. August abgehaltenen Versammlung mit dem Verhalten der Arbeitgeber zu ihren Forderungen. Die Forderungen wurden im Rahmen eines Tarifentwurfs am 17. Juni den Unternehmern zugeandt. Trotz mehrfacher Mahnungen erklärten sich diese erst am 8. August bereit, in Verhandlungen einzutreten.

In diesem Verhalten erblickten die Arbeiter eine Verdrückung namentlich im Hinblick darauf, daß im März protokolllarisch vereinbart wurde, daß, wenn der angestrebte Tarifvertrag vor dem 31. August zustande kommt, die bis zu diesem Termin besetzte Vereinbarung über außerordentliche Zulagen außer Wirksamkeit gesetzt wird.

Die in der Versammlung nochmals bekannt gegebenen Lohnforderungen von 50 und 60 Mf. für weibliche und 110 und 120 Mf. für männliche Beschäftigte wurden durch einstimmigen Beschluß der Versammlung um 10 Mf. erhöht. Die Stimmung der Arbeiterschaft in den photographischen Kunstdruckbetrieben und in den Chromolithographischen Anstalten ist äußerst erbittert. Die Arbeitgeber, mit denen am 4. April eine Vereinbarung über Lohnzulagen getroffen wurde, sind in letzter Stunde als Vertragspartei aufgetreten und beabsichtigen, an den Bedingungen teilzunehmen und den Vertrag mit abzuschließen.

Vor Abschluß der Vereinbarungen über Zulagen wurden in diesen Betrieben Löhne an Arbeiterinnen von 12-40 Mf. im Akkord bis 45 Mf. gezahlt. Nach Abschluß der Vereinbarungen erhöhten sich die Löhne von 22,50 bis 48 bzw. 50 Mf. Der Durchschnittslohn beträgt jetzt für weibliche 35 und für männliche Beschäftigte 87 Mf. Dabei werden an den Schneidemaschinen, Balanziers, Rollscheren, Pressen und Prägepressen qualifizierte Arbeiten verrichtet, wobei die Arbeiterschaft in hohem Maße Unfallgefahren ausgesetzt ist.

Die Arbeiterratschüsse der photographischen Kunstdruckbetriebe wandten sich um eine Wirtschaftsbefehle an den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin - nachdem sie von den Arbeitgebern abgewiesen waren. Die graphische Spruchkammer fällt darauf folgenden Entschluß:

„Der Schlichtungsausschuß stellt sich zu seinem Bedauern gezwungen, im Hinblick auf die bestehenden Lohnvereinbarungen und die bevor-

stehenden Tarifverhandlungen in der Bromsilberbranche eine einmalige Beihilfe ablehnen zu müssen. Er erwartet aber von den zuständigen Organisationen, daß sie in dem kommenden Tarif eine Beihilfe festlegen, wie sie die schwierige Lage und die jetzige nicht hohe Entlohnung der Arbeiterschaft erfordern.“

Die am 8. August stattgefundene Verhandlung mit den Arbeitgebern beider Gruppen verlief ohne jedes Ergebnis. Wie hoch lang es in den Chren der Arbeitnehmervertreter, als die Arbeitgeber erklärten, sie seien bereit, den gelernten und Höchstlohn von 80 und den ungelernen und angelernten Arbeitern einen solchen von 81 Mf., sowie den weiblichen geübten Arbeiterinnen in vier Lohngruppen 35, 35, 40 und 45 Mf. zu bewilligen.

Nach vierstündigen Verhandeln waren die Arbeitnehmer überzeugt, daß alle Worte vergebens sind. Sie erklärten, ihren Mandatgebern Bericht erstatten zu wollen, es ihnen überlassend, was nun geschehen solle. In einer Sitzung der Vertrauenspersonen und Arbeiterratschüsse wurde die Organisationsleitung festig angegriffen, jedoch fand ihr Vorschlag, den Schlichtungsausschuß anzurufen, Annahme. Der Schlichtungsausschuß verhandelte am 19. August in dieser Sache. Die Arbeitgeber unter Führung der Herren Dr. Schweizer und Heymann stellten sich als Vertreter nollebender Betriebe hin. Eine Notlage der Arbeiterschaft sei, da eine Verbilligung der Lebensmittel eingetreten sei, nicht vorhanden. Ihnen böten sich erwachsene Arbeiterinnen gegen einen Wochenlohn von 28 Mf. an und sei somit ihr Vorschlag sehr weitgehend. Immer wieder wiederholten die Arbeitgeber, daß ihre Betriebe nicht imstande seien, der Arbeiterschaft höhere Löhne zu zahlen. Dabei hat die Bromsilberkonvention die Preise ihrer Karten um 35 Mf. pro 1000 ab 1. August 1919 erhöht.

Nach langen Verhandlungen bezeichneten die Arbeitgeber folgenden Vorschlag als äußersten, den ihre Betriebe ertragen könnten: drei Lohngruppen für weibliche Arbeitnehmer 38, 43 und 48 Mf. für männliche Arbeitnehmer 65 und 90 Mf. Die Arbeitnehmer hatten ihren Willen zur Einigung und zur Vermeidung eines Streiks durch folgenden Vorschlag zum Ausdruck gebracht: 50, 55 und 60 Mf. für weibliche und 105 und 110 Mf. für männliche. Außerdem für die Beschäftigten, denen dieser Tarif eine Lohn-erhöhung nicht bringt, eine Lohn-erhöhung von 5 und 8 Mf.

Nachdem eine Einigung nicht zu erzielen war, zogen die Arbeitnehmer ihren Einigungsvorschlag zurück. Die graphische Kammer, welche ohne einen unparteiischen Vorsitzenden lagte, beantragte die Bestellung eines unparteiischen Vorsitzenden zwecks Vornahme eines Schiedsspruches und vertagte die Verhandlung.

Die Arbeiterschaft wird bei diesen Verhandlungen vertreten durch den Buchbinderverband, Verband des Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Fabrikarbeiterverband und den Transportarbeiterverband. Sollte eine Arbeitereinstellung unvermeidlich sein, so werden circa 1800 Arbeitnehmer daran beteiligt sein.

„Reichst Du mit fünf?“ fragte er und hielt ihm fünf Hundertmarktscheine hin.

Dem Schuster pochte das Herz in rasendem Tempo. Seine Augen waren groß und starr geworden. Seine Hände zitterten.

„Karl,“ rang es sich schwer von seinen Rippen, „ist das - ehrliches Geld?“

Der Besucher warf ihm einen wilden Blick zu.

„Du bist ein Hansnarr!“ raunte er ärgerlich. „Sei froh, daß ich gekommen bin. Weiß Gott, keines anderen hätte ich mich erbarmt! Aber nun mach' auch keine dummen Redensarten! Nimm, was ich Dir biete, meinestwegen als gepumpt. Nur zier' Dich nicht auch noch!“

Alois Degenhardt kämpfte einen schweren Kampf. Und es war nicht nur seine bisher mafelose Ehrlichkeit, die ihn schließlich den Kopf zur Wehr schütteln ließ; es war auch ein Stück Furcht dabei vor unbekanntem Verwicklungen, die sich vielleicht einstellen konnten. Aber endlich hatte er sein Gewissen doch fest wieder in den Händen und stieß entschlossen hervor:

„Nein - nein, und nochmals nein! Du hast es gestohlen, wie damals das aus der Ladenkasse bei Meister Hauser! Wenn Du's auch geleugnet hast!“

„Bist Du verrückt, Mensch?“

„Nein, aber ehrlich!“

„Und gehst dabei vor die Hunde, Du Hornvieh!“ wütete der andere voll Ingrimm.

„Lieber will ich betteln gehen, als mir von Dir helfen lassen!“ erklärte fest der Schuhmacher.

„Du Jammerkerl!“ höhnte der Hochstapler.

„Jetzt fehlt nur noch, daß Du hingest und den Teufel erzählst: der Baron Leisingen ist ein Korpsbruder von mir aus der Verbindung Smeriemial! Der Teufel hat mich geritten, daß ich mich in Deine traurige Wude habe locken lassen!“

„Du brauchst nichts zu fürchten, Karl. Ver-raten werd' ich Dich nicht. Aber helfen kannst Du mir auch nicht!“ murmelte traurig der Meister.

„Reb' wohl!“ sagte der „Korpsbruder“ und ging großend davon. Die Klingel gellte wie befehen. Aber es lang wie Spott.

„Und nun gerade helfe ich ihm!“ knirschte draußen der sich stramm haltende Pseudobaron...

Am anderen Morgen betrachtete Alois Degenhardt gerade tiefinnig den schiefgelaufenen Absatz vom linken Stiefel des Holznetzes Trollbarthel, nachdem er den andern für tadellos befunden hatte - da wurde die Ledentür aufgerissen, als sage draußen ein toller Hund die Straße herab. Das Klingelchen tobte wie ein ganzes Schüttengeläute und fast außer Atem stürmte der Hausdiener der „Fürstenhöhe“ aufgeregt in das Degenhardtische „wohlsortierte Schuhwarenlager“.

„Meister, Meister,“ schrie er und trommelte einen Generalmarsch auf dem Ledentisch, „vorwärts, machen Sie lange Beine! Sie müssen sofort mit einem tüchtigen Hausen Herren- und Damenstiefel zur „Fürstenhöhe“ kommen. Das beste, was Sie haben! Aber schnell! Nehmen können Sie, was Sie wollen! Es wird alles bezahlt heute! Ich kriegen natürlich Provision!“

„Gewiß doch!“ sagte der Schuster ganz verduht.

„Nun war, als ob ein schnurriger Traum ihn narre. „Wer will denn plötzlich die vielen Stiefel kaufen?“

„Wer? ... Alle! Sie sind ja samt und sonderst gestohlen worden die Nach! Paar für Paar vor allen Zimmerläuten! Wie wir heute früh puken wollten, ist alles weg! Den Spektakel hätten sie hören sollen! Und nirgends auch nur eine Spur davon. Einen einzigen Damenstiefel haben wir am Ufer vom schwarzen Teich gefunden. Sonst keinen! „Reben!“ berichtete der Hausdiener. Und da in dem vielbesuchten Hotel zufällig eine große Anzahl von Eintagsgästen logierte, die mit ihrem Reisegepäck nicht auf einen solchen Zwischenfall vorbereitet waren, so hatte Meister Degenhardt um Mittag beinahe ausverkauft. Alle seine Sorgen waren auf einmal mit dem Sommerwinde verflattert! ...

„Gott verläßt die Seinen nicht!“ sagte dank-erfüllt die fromme, an eine Fügung glaubende Frau Meisterin. Und die Schusterkinder bekamen Butter auf die Schwarbrotschmielen, was für sie ein richtiges Fest war. Nur Alois Degenhardt mußte ein bißchen bekommen lächeln, wenn die Rede auf den Gültenspiegel kam, der soviel tadellose, schwerentbehrliche Schuhferren mitwillig in den Abgrund des schwarzen Teiches geritten hatte, aber trotz aller Nachforschungen unentdeckt geblieben war. Denn an den generösen Baron Leisingen, der an jenem Vormittag nach reichlichen Trinkgelbespenden davon-gefahren war, um sich in Ostende und Trouville weiter zu amüsieren, dachte außer ihm niemand.

Und er hatte wirklich keinen Grund, die seltsamen Vermutungen zu verraten, die ihm manch-mal durch den Kopf gingen! ...

Buchbinderarbeiten den Buchbindern.

In Nr. 33 unserer Zeitung läßt Kollege Schwarz seinen Anmut aus über solche Buchbinder, welche in Druckerereien sich sozusagen als "Mädchen für alles" hergeben, indem sie sowohl am Gestalten wie an Tiegeln und Schnellpresse den Buchdruckern Konfuzienz machen. Er hat in allen seinen Ausführungen recht. Man muß aber verlangen, daß Kollege Schwarz nicht nur auf seine Berufsgenossen loshaut und die Buchdrucker allein als die unschuldigen Leidenden hinstellt. Er hätte auch anführen müssen, daß in manchen Druckerereien auch Arbeiten, welche entworfen in das Buchbinderfach einschlagen, von den Druckern ausgeführt werden. Nicht nur die Schneidemaschine wird von den Druckern bedient, sondern es werden auch Hefte von ihnen oder den Einlegerinnen hergestellt. Man muß annehmen, daß dem Kollegen Schwarz diese Schularbeit der Buchdrucker nicht bekannt ist, sonst würde er wohl in seinen sehr gut gemeinten Ausführungen auch dieses mit erwähnt haben.

Elberfeld.

E. Bergmann.

Rus dem Gau 14/15.

Einer Einladung des Gauvorstandes für den Gau 14/15 folgend, hieltlen Untervorstande nach dem Verbandstage in einigen Zahlstellen Versammlungen ab, in denen das Thema: "Die Bedeutung der Gewerkschaften im freien Volksstaat und wie wahr der Deutsche Buchbinderverband die Interessen seiner Mitglieder" behandelt wurde. Im folgenden geben wir einen zusammenhängenden Bericht über diese Versammlungen.

Baden.

Vom Verbandstag aus führte mich der Weg zunächst nach der alten Universitätsstadt Heidelberg. Die Versammlung dort hätte angesichts des Umstandes, daß wir in Heidelberg jetzt gegen 70 Mitglieder haben, besser besucht sein können. In der Diskussion wandte sich ein Kollege gegen die Schaffung von Reichstarifen, weil diese nach seiner Meinung die Beweglichkeit der Kollegenchaft in Zeiten guten Geschäftsganges hinderten. Dem konnte mit Leichtigkeit entgegengehalten werden, daß es doch zum mindesten ebenso viel Perioden, in denen der Unternehmer die für ihn günstige Situation besser auszunutzen könnte, gäbe, demzufolge es also im Interesse beider Teile läge, möglichst stabile Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Anwesenden erklärten sich mit diesem Standpunkt durchaus einverstanden.

Die nächste Versammlung fand in Pforzheim statt, die gleichfalls besser besucht hätte sein können. Dies um so mehr, als ja Pforzheim jetzt Rentelpunkt der Glasindustrie ist. Leider scheinen sich unsere dortigen Kollegen immer nur dann zu regen, wenn es gilt, neue Lohnforderungen aufzustellen. Sie glauben es nicht nötig zu haben, am Auf- und Ausbau unseres Verbandes mitzuwirken.

In Unter-Weichenbach, unweit Pforzheims, in dem sich ein großer Betrieb befindet, war die Versammlung stark besucht. Einmüßigkeit herrschte darüber, daß es notwendig sei, daß die Kollegen und Kolleginnen zusammenhalten, weil die Gefahr besteht, daß die Firma mit dem einzelnen Sonderabmachungen zu treffen sucht. Dies kann nur durchkreuzt werden, wenn alle Kollegen von dem selben Willen befeuert sind, dem Ganzen dienen zu wollen, um dadurch derartigen Bestrebungen entgegenzutreten.

Die Versammlung in Karlsruhe war gut besucht, obwohl einige größere Betriebe schwach vertreten waren. Nach dem Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion ein, worin insbesondere die Kolleginnen erwähnt wurden, die Bedeutung der Gewerkschaften erkennen zu lernen und sich als demnächstes Glied dem Ganzen anzuschließen.

Waden-Dos ist der Sitz des Betriebes Stolzenberg-Schnellhefter. Die dort Beschäftigten waren fast vollständig in der Versammlung anwesend.

Den stärksten Besuch aller Versammlungen wies jedoch Lahr auf. Es konnte auch nicht anders sein, da ja Lahr über 1000 Berufszugehörige zählt und im letzten halben Jahr die Lohn- und Arbeitsbedingungen erheblich verbessert werden konnten. Allerdings ist auch hierbei zu prüfen, ob und inwiefern die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Lebensverhältnissen in Einklang stehen. Allgemein war man der Ansicht, daß nur durch die Schaffung von Reichstarifen eine Besserung der Lage der gesamten Kollegenchaft Deutschlands herbeigeführt werden kann.

In Freiburg trat mir in der Diskussion ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften entgegen. Das übliche Spiel: Zustimmung zu den Ausführun-

zungen des Referenten, nur daran anknüpfend zu erklären, daß aber dieser oder jener Gewerkschafts- oder Parteiführer diese oder jene Äußerung getan hätte, woraus hervorginge, daß die freien Gewerkschaften einseitige Parteipolitik zu treiben gewillt seien. Es war leicht, diese Ausführungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Es wurde dem christlichen Kollegen vorgehalten, daß es ihm doch auch nicht gefalle, wenn erklärt würde, daß der Bischof Hörnle doch mal den Ausdruck getan hat: "Wer Sinedt ist, soll Knecht bleiben", und wenn nun erklärt würde: seht, dieser Bischof steht den christlichen Gewerkschaften nahe, müßten wollen die christlichen Gewerkschaften den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht und nicht die Betätigung in den Gewerkschaften. Gerade in Freiburg haben unsere Kollegen und Kolleginnen unter der Zerrissenheit der Organisation in zwei Lager viel zu leiden; die Lohn- und Arbeitsbedingungen lassen sehr viel zu wünschen übrig.

Die letzte Versammlung fand dann in Konstanz statt. Auch hier hätte der Besuch stärker sein können, zumal unsere dortigen Kolleginnen und Kollegen gewillt sind, erneut Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Während mein Referat sehr beifällig aufgenommen war, wurde am Schluß der Versammlung der Eindruck deselben dadurch verwischt, daß sich zwei Kollegen nicht enthalten konnten, die Tätigkeit der Gewerkschaften herabzusetzen und vom parteipolitischen Standpunkt aus die Diskussion zu führen. Rechtig man sich doch sogar zu der Behauptung, die Führer seien alle gekauft. Mögen die Konstanzer den letzten Zwischenfall vergessen und das, was als gut in meinem Referat bezeichnet wurde, beherzigen und danach arbeiten.

Alles in allem kann gesagt werden, daß diese Versammlungen reiche Anregungen brachten. Der Verbandsvorstand ging ja auch bei der Bewilligung der Kosten davon aus, Aufklärung unter die neu gewonnenen Mitglieder tragen zu lassen, die Mitglieder zur gewerkschaftlichen Mitarbeit anzuregen. Daß daneben die Versammlungen noch einige Neuaufnahmen brachten, ist mit Freude zu begrüßen.

Im Gau 14/15 ist noch ein reiches Arbeitsfeld vorhanden, gibt es doch noch in Baden und im Schwarzwald eine ganze Reihe von Orten, in denen zum Teil einzelne Fabriktriebe vorhanden sind, deren Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zu unserem Verband gehören. Diese dem Verband gleichfalls zuzuführen, die Kollegenchaft reif für die Gewerkschaftsarbeit zu machen, um somit beim Abschießen von Reichstarifen möglichst die gesamte Kollegenchaft Deutschlands als unter dem Tarif fallend erfassen zu können, soll und muß eine der vornehmsten Aufgaben der nächsten Zeit sein. Ueber allem Meinungsstreit muß das Einigende stehen.

Berlin.

Eugen Brüdner.

Der Schwarzwald

birgt zwischen seinen vielen Bergen und Tälern eine umfangreiche Industrie. Die vielen Uhren-, Harmonika- und Schuhfabriken gewähren auch einer großen Anzahl Kartonnagenarbeitern und -arbeiterinnen, die in Troßingen und den umliegenden Ortschaften auf circa 1500 geschätzt wird, Beschäftigung. Meine Aufgabe war es, von Troßingen aus den meistens in Dörfern ansässigen Kartonnagern, die erst seit kurzer Zeit unserem Verbands angehörend, die Aufgaben der Gewerkschaften im freien Volksstaate und wie wahr der Deutsche Buchbinderverband die Interessen seiner Mitglieder vor Augen zu führen. Die erste Versammlung sollte in Tuttlingen stattfinden. Von den am Orte befindlichen zwei Fabriken waren von circa 170 Personen gegen 70 Kollegen und Kolleginnen erschienen; leider brachte mich der Zug von Würzburg mit einer Verspätung von 5 Stunden nach Tuttlingen, so daß es mir nicht möglich war, zu der Kollegenchaft zu sprechen. Zu einer für den 9. August angeetzten zweiten Versammlung kam außer dem Vorstand kein Mitglied zur Versammlung.

Die nächste Versammlung in Hausen ob Berona, einem Dorf hoch oben auf einem Berge liegend, das nach dreifündiger Wanderung erreicht wurde, hatten sich außer dem Ort befindlichen Kolleginnen eine Anzahl Bauarbeiter, Holz-, Metallarbeiter, Eisenbahner und Schuhmacher eingefunden. Die Versammlung verlief für die Beteiligten äußerst anregend. Die Verhandlungsgeschäfte werden hier für die Kartonnager von einem Metallarbeiter in anerkannterwertester Weise wahrgenommen.

Albdingen, ein Ort von 2000 Einwohnern, besitzt eine Kartonnagenfabrik der Harmonikafabrik von A. Koch, A. G. m. B. H., in der 25 Kollegen und circa 100 Kolleginnen beschäftigt werden. Die Versammlung war von den Kollegen und von den Metallarbeitern sehr gut besucht, jedoch waren die Arbeiterinnen der Versammlung ferngeblieben.

In Talsheim, einem Dorf, wo sich eine Kartonnagenfabrik Birk-Troßingen befindet, werden

gegen 100 Personen beschäftigt. Die Versammlung war fast von allen beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen besucht. Ueber den Austritt einiger Arbeiterinnen aus dem Verbands waren die Anwesenden sehr entrüstet und versprochen, es nicht zu dulden, daß die Geschlossenheit in der Organisation gestört werde.

In Tuningen, einem Dorf, von Troßingen in 2 Stunden zu erreichen, sind gegen 100 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kartonnagenfabrik beschäftigt. Die Versammlung war gut besucht. In allen Versammlungen, besonders aber in dieser, kam die noch zu geringe Entlohnung zur Sprache. Die Arbeiterinnen, die vorwiegend in Akkord arbeiten, beklagten sich lebhaft darüber, daß der in Troßingen abgeschlossene Tarif, der mit 20 Proz. Minus auch für die Dörfer gilt, durch die Fabrikanten eine Auslegung erfährt, wobei die Arbeiterinnen in der Entlohnung zu kurz kommen. Beschlossen wurde, hiergegen einmüßig vorzugehen. Die in Troßingen und in den Dörfern herzustellenden Kartonnagen sind meistens Schachteln für Apotheken, Zigarettenfabriken und für die Mundharmonikaindustrie. Die Industrie ist sehr gut beschäftigt und soll auch während des Krieges einen hohen Gewinn abgeworfen haben. Die bisher gezahlten geringen Löhne müssen erhöht, aber von den Fabrikanten auch gehalten werden. Um dieses zu erreichen, bedürfen die Arbeiter und Arbeiterinnen des Verbandes, da sie vereinzelt nichts, dagegen vereint alles sind. Daher, Ihr lieben Schwarzwälder, laßt Euch den Glauben an die Kraft eurer starken Organisation nicht rauben und bleibt Eurem Verbands treu.

Hamburg.

Fr. Küfer.

Die schwäbische Alb

war das Gebiet, das mir vom Vorstand des Gaues 14/15 zur Abhaltung einiger Versammlungen zugewiesen worden war. Mit diesen Versammlungen konnte ich einigermaßen zufrieden sein, da ich mir von vornherein keine allzu großen Hoffnungen darüber gemacht hatte. Die Entzweit in Verbindung mit der Tatsache, daß unsere Mitglieder, vornehmlich in den Kartonnagerorten, zum guten Teil in den umliegenden Dörfern wohnen und bei den jetzigen Verkehrserschwerungen die Zugerbindungen die denkbar schlechtesten sind, ließen einen besonders guten Versammlungsbesuch nicht erwarten. Um so mehr konnte man überrascht sein, in welcher großen Anzahl in einigen Zahlstellen unsere Mitglieder dem Rufe ihrer Verwaltungen gefolgt waren. Die erste Versammlung fand in Göppingen statt. Hier wird das Verbandsleben gestört durch einen Kollegen, der, wohl des radikalen Geistes voll, leider immer wieder vertritt, daß zur wirksamen Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen das Entziehen der Verbandsbeiträge eine zwingende Voraussetzung ist. Dabei ist gerade in Göppingen ein festes Zusammenstehen ganz besonders notwendig, da in Göppingen selbst und auch in dessen Umgegend (Bad Boll) noch viele Berufszugehörige für unsern Verband zu gewinnen sind, von denen allerdings ein großer Teil zurzeit dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen ist. In einer Eisfabrik in Bad Boll sollen es 40 Personen sein, in Göppingen selbst in 2 Betrieben gegen 100. Die Versammlung war von ungefähr 30 Mitgliedern besucht, sie unterfrisch demonstrierte die Mahnung zum einigen Zusammenhalten. Festgestellt wurde, daß der tarifliche Lohn nicht immer gezahlt wird.

Nicht gut besucht war die Versammlung in Altm., zu der nur einige 20 Mitglieder erschienen waren von 45, die die Zahlstelle zählt. Das mangelnde Interesse am Verbandsleben rächt sich auch hier wie so vielerorts, denn die Entlohnungen sind trotz tariflicher Abmachungen die denkbar willkürlichen. Ein Betrieb mit ca. 20 Beschäftigten entlohnt ganz nach eigenem Gutdünken und ein Kleinmeister hat an seine zwei Gehilfen, die beide jetzt arbeitslos sind, bis vor kurzem noch 30 resp. 32 Mk. Lohn pro Woche gezahlt! Es ist ein Jammer, daß solche Zustände heute noch anzutreffen sind.

Gegen 100 Mitglieder waren in Kirchheim u. Teck zur Versammlung erschienen. Hier hat unser Verband erst in jüngster Zeit Fuß gefaßt durch den Beitritt von über 300 Kollegen und Kolleginnen aus dem Fabrikarbeiterverband. Bei anhaltender Trakttat unserer dortigen Verwaltung kann es gelingen, in Kirchheim eine unserer besten Zahlstellen zu entwickeln, die den Vorteil für sich hat, daß die dortige Kollegenchaft in nur einem Betrieb tätig ist. Stetes Vertrauen zur Leitung der Zahlstelle und gutes Mitarbeiten an den anfallenden Verbandsarbeiten muß dort jedes Mitglied betreiben, wenn ihre Wünsche auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung der Erfüllung nahe gebracht werden sollen.

Eine gute Versammlung zeigte Auldingen. Gegen 150 Mitglieder waren dem Rufe der Leitung gefolgt und hörte sichtlich interessiert die Ausführun-

gen am. Auch sonst herrscht guter Geist in dieser jetzt fast 20 Jahre alten Jahrsliste, und die Diskussion zeigte eine gesunde Anteilnahme am Verbandsleben. Selbst von dem 2 Stunden entfernten Tübingen waren einige Kollegen und Kolleginnen erschienen, die mit in die Debatte eingriffen. Anerkannte Führer der radikalen Richtung der Neulingen Arbeiterchaft, die zu der Versammlung eingeladen waren, mußten sich mit den streng sachlichen Ausführungen einverstanden erklären. In Neutlingen hat neben Mittel- und Kleinbetrieben ein ausgeprägter Großbetrieb mit allen modernen technischen Einrichtungen seinen Sitz, der vollständig organisiert ist, wie es überhaupt in Neutlingen noch nicht ein halbes Dutzend Buchbinder oder Arbeiterinnen geben dürfte, die nicht unserem Verbands angehörend sind. Anders dagegen mit den Papierverarbeitern. In dieser Branche existiert in Neutlingen ein großer Betrieb (Papierpulpfabrik), der an 1000 Personen beschäftigt, die für unsern Verband in Frage kommen, von denen der größte Teil jetzt dem Fabrikarbeiterverband angehört. Die Geschlossenheit der einzelnen Verbände macht es notwendig, daß Verhandlungen angebahnt werden, um diese in unsern für sie allein zuständigen Verband herüberzuführen.

Von besonderem Interesse war die Versammlung in Meßingen. Mit den zwei dort befindlichen Betrieben mußten erst Verhandlungen geführt werden, um sie für den Verbandskongress früher als sonst schließen zu lassen. Durch Kraftspare sind die Betriebe dort dazu übergegangen, bis abends 1/2 Uhr arbeiten zu lassen. In beiden Betrieben wurde zugesagt, für den einen Tag die Betriebe um 5 Uhr zu schließen. Diese Zusage wurde nur von einer gehalten, der Betriebsführer des anderen Betriebes hatte seinem Personal lediglich erklärt, daß diejenigen um 5 Uhr Schluss machen können, die die Versammlung besuchen wollen. Dieser Aufforderung folgten nur 9 Personen. Da er selbst die Versammlung besuchte, konnte er auf das Angehörige seines Verhaltens aufmerksam gemacht werden und die Anwesenheit ist dann aus eigenem Antrieb, was der Firmeneinhaber eine Stunde zuvor zugesprochen hatte: sie ließ den Betrieb ruhen und erzielte so eine Verstärkung der Versammlung um einige 20 Personen, so daß gegen 130 Mitglieder anwesend waren. In einer kurzen Diskussion wurde dem Meßingen zugestimmt.

Nicht gut besucht war die Versammlung in Seiffen, da in dieser von dem rund 1000 Mitgliedern nur 150—180 anwesend waren. Eine kurze Debatte entpuppte sich auch hier, die ein Einverständnis mit dem Referat erkennen ließ bis auf einige wenige Momente, die einem schnelleren Vorwärtstommen der Arbeiterschaft das Wort redeten. Der maßgebende Besuch der Versammlung wurde auf eine gewisse Ueberfüllung der Heilbronner Kollegenschaft mit Versammlungen zurückgeführt, ein Grund, der freilich nicht stichhaltig sein sollte in einer Zeit, die vom Arbeiter aus das letzte Interesse beansprucht. Nicht mit Unrecht wurde gesagt, daß nicht nur dann alles erscheinen dürfe, wenn es sich um neue Forderungen, sondern auch dann, wenn es sich um Vorträge belehrender Natur handele.

Die letzte Versammlung fand dann auf der Rückreise nach Berlin in Regensburg statt, die ebenfalls besser besucht sein sollte. In der kurzen Diskussion wurde auf den neuen Entwurf des Betriebsratsgesetzes verwiesen, der selbst von Anhängern der radikalen Richtung als gut und schön bezeichnet werden könnte, wenn einzelne Bestimmungen des Entwurfs mehr zwingender Natur wären. Auch hier fand der Referent sonst nur Zustimmung.

Der Zweck aller Versammlungen wird erfüllt sein, wenn die in ihnen erschienenen Mitglieder das Gehörte beherzigen und in die Kreise der übrigen Verbandskollegen und Kolleginnen weiter tragen, so zu eifriger Arbeit für unsern Verband anspornend.

Berlin. Karl Michaelis.

Aus unserem Beruf.

Vereitelung der Arbeit

Ist ein Mittel, um die riesige Arbeitslosigkeit etwas einzudämmen. Der verlorene Krieg mit seinen Folgeerscheinungen hat unser Gewerbe schwer getroffen. Die Waffenstillstandsbedingungen, die feindliche Besetzung wichtiger Wirtschaftszweige, die Demobilisierung der Rohstoffmangel und der im Gefolge all dieser Erscheinungen eingetretene Arbeitsmangel haben die Hoffnungen auf ein allgemeines und baldiges Aufleben des Buchgewerbes nicht in Erfüllung gehen lassen. Die wirtschaftliche Revolution läßt bereits erkennen, daß, auch nachdem Vererbung des Wirtschaftslebens eingetreten sein wird, die Aufträge nicht mehr in früherer Zahl und Höhe vergeben werden. Geringere Umsätze aller Industrieerzeugnisse und der Bücher insbesondere werden

einerseits einen Ausfall an Aufträgen herbeiführen, andererseits den Wettbewerb auf dem inländischen Markt steigern. Es wird daher zur Erhaltung der Ertragsfähigkeit der Betriebe das natürliche Bestreben des Buchgewerbes sein, die geringere Menge der Aufträge durch Hebung der Güte und daher auch des Wertes wertzumachen. Keine Industrie kann so leicht wie die unsere ihre Erzeugnisse vereiteln, wenn nur die Auftraggeber dazumilligen. Von der Kunst und in unserm Berufe ist viel die Rede, doch wird ihr gegenüber in den meisten Fällen der billige Preis bevorzugt. Es ist unmöglich, und Ausnahmen bestätigen nur die Regel, den Verkäufer zu einer Mehrerausgabe zu bewegen. Nur ein Wechsel in der allgemein geltenden Geschmacksrichtung kann ihn dazu veranlassen. Um so mehr muß darauf Wert gelegt werden, nach Behebung des Rohstoffmangels für Qualitätsware einzutreten.

Bericht von der ordentlichen Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige,

abgehalten in Hannover vom 17. bis 19. August 1919. Zur Generalversammlung waren in 26 Wahlabteilungen 40 Abgeordnete gewählt und erschienen. Der Vorstand der Kasse war durch die Kollege Zinke und Städtler, der Aufsichtsrat durch den Kollegen Weinschild vertreten.

Zinke-Leipzig eröffnet die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung der Abgeordneten und dem Wunsch, die bevorstehenden Tage erster Arbeit möchten, wie immer, so auch diesmal voll dem Interesse der Kasse und ihrer Mitglieder gewidmet sein. Er gedenkt der seit dem Stillstehen der letzten ordentlichen Generalversammlung gestorbenen besonders tätig geweienen Mitglieder: Brandmaier-Leipzig, Bähler-Berlin, Tilgner-Berlin, Alfred Schneider-Berlin, Zipperer-Leipzig, Mühs-Bürgel, Müller-Leipzig, Ohmann-Chemnitz, Deun-Berlin, Scherb-Fürth, Krack-Augsburg, Zachaus-Hildesheim und der vielen im verflochtenen mörderischen Kriege gebliebenen Kollegen. Die Abgeordneten ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Zinke gedachte des ferneren einer großen Anzahl von Kollegen, die seit 25, 30, ja selbst seit 40 Jahren im Interesse der Kasse tätig gewesen sind. Er dankt denselben für ihre Mühewaltung und macht die Mitteilung, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Kollege Hauptmann, ebenso unser alter Ludwig Woller, der Alterspräsident der Generalversammlungen der letzten 25 Jahre, durch Krankheit am Erscheinen verhindert seien. Er wünscht denselben unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung baldige Genesung und überträgt schließlich die Leitung der Versammlung zwecks Vornahme der Wuraufwahl dem ältesten der erschienenen Abgeordneten, dem Kollegen Reich-Bieber.

Zu Vorstehenden wurden gewählt Schneider-Berlin und Wei-Leipzig. Als Schriftführer wurden Oppmann-Berlin, Hüfner-Leipzig und Hamann-Hannover bestimmt, zum Führer der Rednerliste Bäß-Offenbach. Die Mandatprüfungscommission wurde aus Hinz-Berlin, König-Leipzig und Scheffel-Offenbach, die Haushaltungskommission aus Somann-Berlin, Haffner-Leipzig und Scharrer-Fürth zusammengesetzt.

Die Mandate wurden sämtlich für gültig erklärt. Ein gegen die Wahl des Abgeordneten für die 14. Wahlabteilung wegen formaler Verstöße gegen das Wahlreglement erhobener Protest veranlaßte jedoch die Versammlung, auf Antrag der Mandatprüfungscommission zu erklären, daß in Zukunft die strengste Beachtung der gegebenen Vorschriften erwartet werden müsse. In vorliegenden Falle sei nur ein Kandidat in Frage gekommen. Eine Benachteiligung eines andern hätte also nicht stattfinden können.

Die Tagesordnung lautete:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Prüfung und Bestätigung der Jahresabrechnungen 1911 bis 1918.
4. Beschlußfassung über die in den Jahren 1914, 1915 und 1918 gemäß § 20 Abs. 4 der Satzung vorgenommenen Satzungsänderungen.
5. Beratung und Beschlußfassung der Anträge.
6. Feststellung der Beamtenegehälter.
7. Wahl und Entlastung des Vorstandes, des Aufsichtsrates und deren Ersatzmänner.
8. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnungen.
9. Verschiedenes.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erhält zum Geschäftsbericht das Wort Zinke-Leipzig. Er ver-

weist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und beschränkt sich auf Ergänzungen und Erläuterungen zu demselben. Insbesondere hob er hervor, daß die Kasse vor dem Kriege 12 000 Mitglieder gezählt habe, während zurzeit nur ein Bestand von 9200 zu verzeichnen sei. Die in den letzten Monaten zahlreich erfolgten Neuaufnahmen und die zu erwünschende baldige Rückkehr unserer noch in Gefangenschaft befindlichen Mitglieder lasse jedoch hoffen, daß die Kasse die durch den Krieg geschlagenen Wunden sehr bald überstanden haben werde. Infolge des gesunkenen Geldwertes müßte eine wesentliche Erhöhung der Kassenleistungen ins Auge gefaßt werden, die allerdings nur durch eine Erhöhung der Beiträge zu ermöglichen sei, wobei die Jahresabschlüsse von 1917 und 1918 gebührende Berücksichtigung finden müßten. Das Zusammenarbeiten des Vorstandes mit dem Aufsichtsrat, den Ortsverwaltungen und Mitgliedern sei jederzeit ein von kollegialem Geiste getragenes gewesen. Er wünscht, daß dies auch ferner so sein möge und berichtet, daß der Vorstand das Beste im Interesse der Kasse und ihrer Mitglieder getan zu haben glaube.

Städtler verweist auf den gleichfalls gedruckt vorliegenden Kassenbericht und vervollständigt denselben durch Verlesen der Ergebnisse der Vierteljahresabrechnungen für das 1. Halbjahr 1919 und verschiedener statistischer Zahlungszusammenstellungen. Weinschild berichtet im Namen des Aufsichtsrates, daß derselbe in 44 Sitzungen dem ihm durch die Satzung auferlegten Pflichten nachgekommen sei. Die Hauptkasse sei des öfteren durch von ihm beauftragte Kassamitglieder unverhört revidiert und jederzeit in Ordnung befunden worden. In der Geschäftsperiode seien fünf Beschwerden gegen den Vorstand anhängig gemacht worden. In vier Fällen habe sich der Aufsichtsrat der Auffassung des Vorstandes angeschlossen müssen, während der fünfte Fall der Beschlußfassung der Generalversammlung unterliege.

Kardten-Leipzig berichtet für den Revisionsausschuss, daß bei den vorgenommenen Prüfungen der Hauptkasse die Bücher und Belege in guter Ordnung vorgefunden worden und Ausstellungen nicht zu machen gewesen seien.

In einer eingehenden Aussprache zu diesen Berichten wurden Auskünfte an der Geschäftsführung des Vorstandes und Aufsichtsrates nicht gemacht, im Gegenteil anerkennend hervorgehoben, daß dieselbe als gute und zufriedenstellende zu bezeichnen sei. Die in den Jahren 1914, 1915 und 1918 gemäß § 20 Abs. 4 der Satzung vorgenommenen Satzungsänderungen fanden die einstimmige Billigung der Generalversammlung.

Unter Punkt 5 der Tagesordnung begründet zunächst Melle-Hamburg in eingehender Weise den Antrag seiner Verwaltungsstelle auf Umwandlung der Kasse in eine reine Zuschußkasse und legt dar, daß mit einer Aufhebung der Ertragsklassen durch die Regierung gerechnet werden müsse. Es sei deshalb besser, die Umwandlung in eine Zuschußkasse nicht mehr aufzuschieben, sondern schon jetzt vorzunehmen.

Zinke erklärt, daß der Vorstand und Aufsichtsrat im Prinzip mit dem Antrag Hamburg durchaus einverstanden sei. Er bittet aber trotzdem um dessen Ablehnung, weil die Aufhebung der Ertragsabteilung einen großen Teil der Mitglieder schädigen würde. In der Abteilung A seien viele unserer ältesten Mitglieder vereitert, deren Interessen durch Uebertritt in Abteilung B nicht voll gewahrt werden könnten. Andererseits habe ein nicht unerheblicher Teil unserer Kollegen in der Ertragsabteilung Schutz vor den Landtrantentassen gesucht, in denen es bis vor wenigen Wochen noch nicht einmal ein Selbstverwaltungsrecht der Mitglieder gegeben habe und deren Leistungen äußerst unzureichend seien. Er stellt sich auf den Boden der Entschädigung der letzten Generalversammlung des Verbandes freier Krankentassen, in der man sich mit dem Eingehen der Ertragsklassen einverstanden erklärt habe, wenn eine einzige geeignete Kassenform mit bedeutend erhöhten Leistungen zur Einführung gelangt. Es sei insbesondere die Vereinfachung der Betriebs-, Annuungs- und Landtrantentassen zu fordern. Man solle deshalb erst einmal abwarten, welches Ergebnis die in Aussicht genommene Revision des 2. Buches der Reichsversicherungsordnung bringen werde, bis zu welchem Zeitpunkt allerdings noch ein bis zwei Jahre vergehen könnten.

Diesen Ausführungen schließen sich die Kollegen Reich, Weinschild, Wenz, Stanowski, Jaska, Brumme, Weinläder, Siegel, Neubert, Heller, Müller und Hermann an und gelangt der Antrag Hamburg schließlich zur Ablehnung.

Nach einer ausführlichen Besprechung der vorliegenden weiteren Anträge durch den Vorsitzenden der Kasse wird auf Antrag Melle-Hamburg sofort in die Spezialdebatte eingetreten, während die Anträge bezüglich der Beitrags- und Leistungsfrage

einer Kommission von fünf Abgeordneten zur nochmaligen Beratung überwiesen wurden. Diese Kommission wurde aus Franzen-Berlin, Mittel-Weipzig, Weinläber-Nürnberg, Scheffel-Offenbach und Anders-Stuttgart zusammengesetzt.

Es wurde beschlossen, die Altersgrenze auf 45 Jahre zu belassen, da weder zu einer Erhöhung noch zu einer Erniedrigung derselben Veranlassung vorlag. Eintrittsnachsuchen de sollen nach wie vor gehalten sein, ein ärztliches Gesundheitszeugnis beizubringen, doch soll der Vorstand berechtigt sein, auf dieses Attest zu verzichten, wenn der Aufnahmesuchende von der Ortsverwaltung empfohlen wird. Das Eintrittsgeld wurde für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter auf 1 M. festgesetzt. Die Zuteilung zu den einzelnen Beitragsklassen ist dem Ermessen des Vorstandes überlassen geblieben, der den Wünschen der Mitglieder und Ortsverwaltungen nach Möglichkeit Rechnung tragen wird. Uebertritte von Mitgliedern in eine höhere Klasse sollen in der Abteilung B nur am Quartalschluss erfolgen. Die Gebühren für verlorrene gegangene Mitgliedsbücher wurden auf 1 M. erhöht. Neu aufgenommenen Mitglieder erhalten die Klassenleistungen innerhalb der ersten zwei Jahre ihrer Mitgliedschaft auf die Dauer von 20 Wochen. Die Unterstützungsdauer betrug bis zu 30 Wochen tritt erst ein, wenn 104 Beiträge in erwerbsfähigem Zustande geleistet worden sind. Im Falle der Krankheit sollen Mitglieder der Abteilung B ein ärztliches Attest nur noch am Anfang und am Ende der Krankheit beibringen. Bei Krankheiten, die Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles sind, soll in Abteilung B das Krankengeld auf die Dauer von 26 bzw. 30 Wochen gezahlt werden. Rückstände, verhängte Strafen und evtl. zu Unrecht erhaltene Unterstützung dürfen von dem Krankengeld in Abzug gebracht werden. Für Beschwerden und Streitfälle wurden besondere Bestimmungen geschaffen, denen erst entsprochen werden muß, bevor eine gerichtliche Klage anhängig gemacht werden kann. Eine Erhöhung der Entschädigung für die Ortsverwaltungen wurde abgelehnt, weil die zu beschließende Erhöhung der Beiträge eine Erhöhung dieser Entschädigung ganz von selber mit sich bringe. Ein Antrag der Verwaltungsstelle Bonn, den Sitz der Klasse infolge der in Sachsen durchgeführten Besteuerung des Zinseneinkommens der freien Hilfsklassen nach einem Erle eines anderen freistaates der Deutschen Republik zu verlegen, wurde abgelehnt, weil eine einheitliche Regelung der Steuergebung in Aussicht stehe. Im übrigen soll es dann der nächsten Generalversammlung überlassen bleiben, nochmals zu der Sache Stellung zu nehmen.

Franzen-Berlin berichtete schließlich eingehend im Auftrage der oben bezeichneten Kommission über deren Beratungsergebnis. Die Beitragsfrage solle folgende Regelung erfahren:

Klasse	Grundlohn	Beitrag	Krankengeld		Sterbegeld
			pro Tag	pro Woche	
1	12,—	0,45	1,20	7,20	50,00
2	24,—	0,90	2,40	14,40	100,—
3	36,—	1,35	3,60	21,60	150,—
4	48,—	1,80	4,80	28,80	200,—
5	60,—	2,25	6,—	36,—	250,—
Abteilung B. Zuschüsse.					
6	—	0,40	1,50	9,—	50,—
7	—	0,60	2,25	13,50	75,—
8	—	0,80	3,—	18,—	100,—
9	—	1,—	3,75	22,50	125,—
10	—	1,20	4,50	27,—	150,—

Für je fünf Jahre vollauevender Mitgliedschaft soll ein um je 10 M. höherer Betrag als Sterbegeld zur Auszahlung gelangen. Mitglieder, die während des verfloffenen Krieges Heeresdienste leisten mußten, sollen diese Zeit bei der Berechnung des Sterbegeldes angerechnet erhalten. Nach kurzer Aussprache gelangen diese Vorschläge mit großer Mehrheit zur Annahme.

Nach Festsetzung der Beamtengelder wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erteilt und zur Neuwahl geschritten. Das Resultat derselben war: 1. Vorsitzender Finke, 2. Vorsitzender Mittel, 1. Kassierer Städter, 2. Kassierer Schröder, Schriftführer Kreyßmar, Weißher Maudig, Bergmann, Daffner und Weilmann; Erschleute: Bösch, Wiemide, Stein, Müller, Arnold, Debaque, Hofstein, Jöst und Mündig; Revisionsauschuss: Hebewann und Fleischer. Letzterem wurden auch die auf Veranlassung des Aufsichtsrates vorzunehmenden unerbitterten Klassenprüfungen übertragen. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Hauptmann, Weinschild, Schmor, Beder und Macat. Erschleute: Gampert, Hellrich, Krause, Wöller und Vorksch.

Im Anschluß hieran gelangte ein Satzungenentwurf für die Zuschussklasse zur Beratung und Annahme, und zwar als Vorichtsmaßregel für

den Fall, daß das weitere Bestehen der Erschleuteabteilung durch gesetzliche Maßnahmen vor dem Stauffinden der nächsten ordentlichen Generalversammlung unterbunden wird. Am Schlusse beschäftigte sich die Generalversammlung mit dem Plane, der Klasse eine Sterbekasse anzugliedern, in welcher gegen einen monatlichen Beitrag von 50 M. ein Sterbegeld bis zu 300 M. gewährt werden soll. Eintrittsberechtigt sollen die Mitglieder der Klasse und deren Ehefrauen sein. Nicht kassenmitglieder sollen bis auf weiteres gleichfalls Aufnahme finden. Der Vorschlag gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme und wurden die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit dem Vorstand in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsrat der Klasse übertragen. Schließlich wurde noch an den Fonds für Ausgeherte gedacht und beschlossen, Sammlungen für denselben zu veranstalten. Infolge der Teuerung wurden die Unterstützungssätze für Ledige auf 60 M. und die für Verheiratete auf 100 M. erhöht. Damit hatte sich die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt. Der Vorsitzende Schneider dankte den Abgeordneten für die Sachlichkeit, mit welcher die Verhandlungen geführt worden seien. Er dankt des weiteren den hannoverschen Kollegen und insbesondere den Kollegen des hannoverschen Buchbinder-Männerchor, die es sich angelegen sein ließen, den Delegierten den Aufenthalt in Hannover so angenehm wie möglich zu gestalten und schließt die Generalversammlung mit dem Wunsche, die beschlossenen Satzungsänderungen möchten dazu beitragen, der Klasse neue Mitglieder zu werben, damit sie auch in Zukunft ihrem Zwecke in vollem Maße gerecht werden könne.

Berichte.

Dresden. In der am 19. August stattgefundenen Versammlung erstatteten die Dresdner Delegierten Bericht vom Verbandstag. Wäthner berichtete in großen Umrissen über die Verhandlungen während der ersten Tage und verlas die vom Verbandstag angenommenen Resolutions. Zur Frage des Reichstarifes gab er den Beschluß des Verbandstages bekannt, einen Hölzlerigen Tarifauschuss zu bilden, der die Vorbereitungen des Reichstarifes in die Wege leitet. Ebenso gab er Kenntnis von dem Beschluß betreffend den Graphischen Industrieverband. Weiter macht er in seinen Ausführungen aufmerksam, daß das Material betreffend die Anstellung der Beamten dem Verbandsvorstand überwiegen worden ist.

Als zweiter Redner erstattete Kassierer Kroll Bericht über die Beschlüsse betreffend die Forderungen in der Beitrags- und Unterstützungsfrage sowie über die Tätigkeit der 11er Kommission, die jetzt aufgelöst und deren Arbeiten dem neuabwählenden Beirat übertragen ist. Er schlug vor, zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen, um zu sehen, was Verbandsvorstand und Beirat in der Sache der Unterstützungen für Forderungen vorschlagen und verwies auch gleichzeitig darauf, daß die Einführung des Reichstarifes finanzielle Opfer erfordern wird und wir dann auch in dieser Hinsicht auf dastehen möchten.

Als dritter Redner gab Riehnert den Bericht von den Beschlüssen des Verbandstages in Fragen der Stellung der Gewerkschaften zur Revolution und dem Räubsthem. Er berichtete in kurzen Umrissen über das Referat Krolls sowie das Korreferat Cerns und verlas deren Resolutions.

In der Debatte wenden sich einige Redner gegen die Erhöhung der Beiträge sowie gegen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes während der Kriegsjahre. Demgegenüber traten einige Redner wieder für die Erhöhung der Beiträge ein und wiesen die Vorwürfe der Opposition zurück, welche nur kritischeren wolle ohne bessere greifbare Vorschläge zu machen oder praktisch mitzuarbeiten zum Besten des Verbandes. Nachdem noch Wäthner in seinem Schlusswort darauf hingewiesen hatte, daß die Delegierten nur das Beste für den Verband im Auge gehabt haben und die Mitglieder ersuchte, von diesem Gesichtspunkt aus die Tätigkeit der Delegierten zu beurteilen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Erlangen. In der Mitgliederversammlung vom 12. August wurde Bericht vom Verbandstag erstattet. Als Berichterstatter war Kollege K ü l t e r - Hamburg erschienen. Redner schilderte in anschaulicher Weise die Tätigkeit des Verbandstages. Er hielt mit seiner Kritik gegenüber der Opposition nicht zurück, die das Arbeiten sehr erschwerte. So unbefriedigt wie dieser Verbandstag ist noch keiner zu Ende gegangen. Von praktischer Arbeit war verschwindend wenig zu vernehmen. Der Verbandstag wurde zum politischen Tummelplatz sehr zum Schaden des Verbandes. Kann man auch mit der politischen Tätigkeit des Kollegen Klotz nicht immer einer Meinung sein, so muß für uns doch immer seine gewerkschaftliche Tätigkeit maßgebend sein. In dieser Hinsicht

konnte von keiner Seite ein Vorwurf gegen Klotz erhoben werden. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine interessanten Ausführungen zu teil.

Zu der Diskussion wurde das Verhalten der Opposition in scharfer Weise getadelt, da sie es auf den Gewissen hat, dem Verbandstage wertvolle Tage geraubt zu haben. Die Folge davon war, daß für positive Arbeit keine genügende Zeit mehr übrig blieb und alles im Schnellzugstempo erledigt werden mußte. Der Opposition wird es auch zugeschrieben, daß die Unterstützungsfrage nicht mehr in dem Sinne verabschiedet werden konnte, wie es das Interesse der Mitglieder erheischt. Es wurde auch verlangt, den Beirat sofort zu wählen, damit die Unterstützungsfrage sobald als möglich erledigt werden kann. Des weiteren wurde der Vorschlag gemacht, daß die Provinzialstädte engere Fühlung miteinander nehmen sollen, damit den großen Zahlstellen einheitlicher entgegengetreten werden kann. Die Verwaltung wurde beauftragt, folgende Entschlieung dem Verbandsvorstand zu übermitteln:

„Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Erlangen verurteilt aufs schärfste das Verhalten der Opposition auf dem Verbandstage, die es dahin brachte, daß positive Arbeit nur in verschwindendem Maße geleistet werden konnte. Sie ist der Ansicht, daß die Organisation in erster Linie für die gewerkschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wirken hat, nicht aber zum Tummelplatz einer einzelnen Partei gemacht werden darf, wie dies leider von einzelnen politischen Drahtzieher versucht wird. Sie spricht der alten Verbandsleitung ihr vollstes Vertrauen aus, erwartet von der neuen Verbandsleitung, daß sie stark sein möge, den Zerfall derer der Gewerkschaftsbewegung ein kräftiges „bis herber und nicht weiter“ entgegen zu rufen. Wird die Organisation auf den Bahnen weitergeführt, wie es vor dem Verbandstage der Fall war, so wird dies nur zum Wohle und Nutzen des Verbandes sowie der Gesamtklasse ausfallen. Des weiteren ersucht sie den Verbandsvorstand, unverzüglich die Wahl des Beirates vorzubereiten, damit die Unterstützungsfrage sobald als möglich ihre Erledigung findet.“

Odenburg. Zu dem mit einer umfangreichen Landwirtschaft geeigneten Lande Odenburg ließe es sich sehr gut leben, wenn die Preise für Bekleidung des Lebensunterhaltes nicht so hoch und das Einkommen der Arbeiter nicht so gering wäre. Dagegen hat die Arbeitgebererschaft während des Krieges sehr gut zu tun gehabt, und sie hat es verstanden, durch vom Militär zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellte Buchbindergehilfen billige Arbeitskräfte zu erhalten. Trotz des Reichstums, der sich bei der Unternehmerschaft bemerkbar machte, fand diese nicht den Mut, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen einen Lohn zu bezahlen, der diese im besetzten Lande Odenburg vor Hunger schützte, sondern der Schlichtungsausschuss mußte im Februar sein Machtwort sprechen und der Arbeiterchaft zu einem Ausgleich zwischen Entlohnung und Ernährung verweisen. Am 30. Juni verhalf der Schlichtungsausschuss den Buchbindern und Arbeiterinnen wiederum zu einer Erhöhung der Löhne, da auf tariflicher Basis mit der Gewerkschaft eine Verständigung nicht zu erzielen war. Der Schlichtungsausschuss entschied, daß für Gehilfen im ersten Jahre 70 M., im zweiten Jahre 80 M., nach 5 Jahren für ledige Gehilfen 82 M., für Verheiratete 85 M. für die Woche zu zahlen sind. Für Arbeiterinnen sollen im ersten halben Jahre der Berufsaktivität 80 M., im zweiten Halbjahre 84 M., nach einem Jahre 88 M., nach 1 1/2 Jahren 40 M. gezahlt werden. Diesen Schiedsspruch lehnten die Arbeitgeber ab. Unsere Zahlstelle Odenburg dagegen rief den Demobilisierungskommissar zur Verbindlichkeitsklärung des vom Schlichtungsausschuss gefällten Spruches am. Glaube unsere Kollegenchaft, hier Verständnis für ihre wirtschaftliche Lage zu finden, so hatten sie sich nicht nur schwer getäuscht, nein, die vom Demobilisierungskommissar gegebene Antwort war so weltfremd und zeugte von einer einseitig unterrichteten im Interesse der Unternehmer liegenden Auffassung, die mit keinem Wort der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gerecht wird. Der Entschied lautet:

Ihrem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Odenburg II vom 24. Juni d. J. mit Ergänzung vom 14. Juli in Sachen Deutscher Buchbinderverband, Zahlstelle Odenburg, gegen die Vereinigung Odenburger Buchdruckermeister, Odenburg, trage ich Bedenken, zu entsprechen. Ich muß im Gegenteil dem Schiedsspruch aus folgenden Gründen die Verbindlichkeit verweigern:

Durch den sogenannten Vierstädterarif, welcher unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums in den Städten Berlin, Leipzig, Stuttgart und München für das Buchbindergewerbe festgesetzt worden ist, wurde den Buchbindern ein Teuerungszuschlag von 14 M. pro Woche zugestimmt. Es kann insoweit den Buchbinderarbeitern der Stadt Odenburg nicht zugemutet werden, eine höhere Teuerungszulage als die in diesen Großstädten festgesetzte zu zahlen. Außerdem würde die Spannung zwischen den Lohnsätzen der Buchdrucker und der der Buchbinder, welche infolge der Gesundheitsgefährlichkeit des Buchdruckerberufs

berechtigt ist und von jeder bestanden hat, auf ein nicht berechtigtes Maß herabgesetzt, so daß es vorkommt, daß ein Buchbinder mehr bekommt als der durch seinen Beruf gefährdete Buchdrucker. Es würde dies zu Misslichkeiten innerhalb der Arbeiterschaft eines gemischten Betriebes stets Veranlassung geben. Ferner würde die seit 1914 eingetretene Lohnsteigerung der Buchbinder nach den in dem Schiedspruch festgesetzten Lohnsätzen 227 Proz. des Friedenslohnes betragen, während den Buchdruckern nur eine Lohnaufbesserung nach dem Reichstaxi von circa 190 Proz. gewährt worden ist. Der von den Buchbindereibesitzern bereits bezahlte jetzige Lohn macht schon eine Lohnsteigerung von 204 Proz. des Friedenslohnes aus, die Lohnaufbesserung bei den jetzt bezahlten Löhnen ist also eine größere als die von den Buchdruckern durch Tarif zugestandene. Berücksichtigt man weiter, daß die hohen Löhne der Buchbinder die Existenzfähigkeit besonders der kleineren Betriebe gefährden.

ges. Drehme.

Nach dieser Mitteilung blieb der Arbeiterschaft in Obenbürg nichts weiter übrig als der Streik. Als trotz Erforderns der Arbeiter in den einzelnen Betrieben die Unternehmer es ablehnten, gemäß dem Schiedspruch zu entloohnen, traten sämtliche Buchbinder und Buchbinderearbeitern in den Streik. Nach zwei Tagen kam eine Verständigung vor dem Demobilisationskommissar zustande. Man einigte sich auf die Sätze: für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre 60 M., im zweiten Jahre 70 M., nach 5 Jahren a) Ledige 80 M., b) Verheiratete 85 M. Für Arbeiterinnen im ersten halben Jahre 25 M., im zweiten 29 M., nach einem Jahr 34 M., nach 1 1/2 Jahren 38 M., nach zweijähriger Tätigkeit 38 M. bis 40 M. nach zweiter Vereinbarung. Die Kollegenchaft reichte die Hand zum Frieden und nahm unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder auf, obwohl nicht alles erreicht und namentlich die Arbeiterinnenwölfe keineswegs befriedigten und die älteren verheirateten Gehilfen fast gar nicht bedacht wurden. Leider war vom Gewerkschaftsrat zu den Verhandlungen während des Streiks keine Vertretung möglich, da unsere Vertreter sich auf dem Verbandstage in Würzburg befanden. Sonst wäre es angebracht gewesen, dem Herrn Demobilisationskommissar über die von den Buchbindern und Arbeiterinnen zu verrichtenden Arbeiten und deren Entlohnung auch von unserer Seite eine eingehende Aufklärung zu geben. Unverständlich ist uns die Auffassung des Kommissars, daß der Buchbinder weniger verdienen muß als der Buchdrucker. Gegen eine solche Auffassung sich zu wehren, werden die Obenbürger Kollegen und Kollegen für die Zukunft alles daran setzen müssen. Dazu gehört ein fester Zusammenhalt in der Organisation. Weichen die Kollegen und Kolleginnen organisiert und sorgen für festen Zusammenhalt, dann werden Ansichten, wie die des Obenbürger Demobilisationskommissars bald durch Erreichung höherer Löhne mit Hilfe des Verbandes überholt sein. Der übrigen Kollegenchaft aber mag der Entschluß des Obenbürger Demobilisationskommissars die Augen recht weit öffnen, aufzuspringen, daß nicht die wenigen Rechte, die die Revolution der Arbeiterschaft gebracht hat, durch einseitige Beurteilung zu nichte gemacht werden.

Wesel. In unserer am 8. August abgehaltenen Generalversammlung gab Nummer dem Geschäftsbericht vom 2. Quartal. Es war das erste Quartal, welches die Zahlstelle Wesel als solche hinter sich hatte. Trotzdem sämtliche Weseler Kollegen bis zum 1. Januar 1919 noch nicht organisiert waren, konnten wir auf unser erstes Quartal als ein arbeitsreiches zurückblicken, denn wir haben jetzt in Wesel verlos sämtliche Kollegen organisiert, sowie auch fast sämtliche Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Das erste Wert war die Ausarbeitung eines Ortsstatuts. Wenn auch dieser nicht zur allseitigen Zufriedenheit ausfiel, so brachte er doch eine wesentliche Kolonverbesserung, die bei manchen Kollegen bis zu 20 M. wöchentlich ausmachte. Auch die Löhne der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wurden um ein beträchtliches erhöht, da hier noch Löhne von 10 bis 12 M. zu finden waren. Dann wurde noch eine Forderung auf Feuerungszulage, verbunden mit Urlaubsforderung, in die Wege geleitet, wobei für Gehilfen eine Zulage von 15 M. wöchentlich erzielt wurde, wodurch die jetzigen Löhne auf 80—85 M. gesteigert sind. Am Urlaub wurden für Gehilfen bis zu 12 Tage im Jahr bewilligt; für Hilfsarbeiter bzw. Hilfsarbeiterinnen sehen wir noch in Verhandlung mit dem Bringsippen. Unsere Mitgliederzahl besteht augenblicklich aus 18 männliche und 12 weibliche, die in 5 Betrieben beschäftigt sind. Nachdem noch weitere Verbandsangelegenheiten besprochen worden waren, sprach der Vorsitzende die Hoffnung aus, daß sämtliche Mitglieder zum Wohle der Zahlstelle auch fernerhin bemüht sein werden, noch ausstehende Kollegen und Kolleginnen zum Verbände heranzuziehen, damit wir in Wesel auch zu dem kommen, was in anderen Zahlstellen erreicht worden ist.

Rundschau.

Dr. G. H. Der Tarifvertrag. Wer Macht hatte, der herrschte. So war es zu allen Zeiten. Nur war stets verschieden der Faktor, der die Zeit beherrschte. Zuerst war es die rohe Kraft, die eine beherrschende Stellung einnahm. Wer die größte körperliche Kraft hatte, zuerst selbst durch die Unterordnung der zusammengeflochtenen Kräftigsten, der war der Mächtigste. Dann kam dazu die wirtschaftliche Macht. Herrscher war der, der das meiste Vermögen besaß und sich mit Hilfe seines Geldes Menschen wirtschaftlich untertan machen konnte; bis auf die jüngste Gegenwart Zeiten einseitiger plumper Macht, Zeiten der Ausbeutung und Unterdrückung, Zeiten der edelgeistigen und sittlichen Mommens. Einer sittlicheren Charakter bekam die Macht erst, als der Untertänige einzudringen anfang in die Machtphäre der vorher allein Mächtigen. Ein ideales Moment begann damit in der herrschenden Macht zu entstehen. Statt einseitiger Interessengewalt fing damit an zu keimen die Idee der Gemeinschaft, der Einheit der Menschheit, die Idee der Menschlichkeit, der Sittlichkeit.

Der Tarifvertrag bedeutet darum einen bedeutenden Schritt in der sittlichen Entwicklung des Menschentums. Er ist der Beginn des sittlichen Gehalts im Wirtschaftsleben, da er den Beginn der prinzipiellen Gleichberechtigung der Menschen darstellt. Er ist die Wurzel, aus der in immer höherer, vollendetere Weise sich ausbaut das Gemeinschaftsleben, die wirtschaftliche Menscheneinheit. Er ist der grundlegende Faktor aller weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, und daß er zur Tat geworden, daß er täglich weiter im Werden ist, beweist, daß die neue, die sittliche Machtidee des Lebens in steigendem Wachsen ist, und daß nach diesem prinzipiellen Entstehen des sittlichen Gedankens im wirtschaftlichen Zusammensein auch seine weitere Entwicklung gesichert ist und damit schließlich auch durch unseren weiteren gewerkschaftlichen Kampf eine vollendete wirtschaftliche Gemeinschaft und eines wirtschaftlichen Gemeinschaftsglieds.

Der Menschenverlust durch den Krieg. Hierzu schreibt die „Holzarbeiter-Zeitung“:

Die Studiengesellschaft für Soziale Folgen des Krieges in Kopenhagen hat in einer umfangreichen Broschüre die Ergebnisse sorgfältiger Untersuchungen über die Bevölkerungsbevölkerung in Deutschland während des Krieges veröffentlicht. Es sind grauenvolle Zahlen, die hierbei festgestellt werden. Die Zahl der unmittelbaren Kriegstoten, also der Gefallenen und Vermissten, wird auf 1,8 Millionen geschätzt. Das ist aber nur ein geringer Teil des Menschenverlustes. Weit größer ist die Einbuße, die wir infolge des Geburtenrückganges erlitten haben. Ein Vergleich der Geburtenhäufigkeit vor dem Kriege und in der Kriegszeit ergibt, daß dieser Menschenverlust 3,5 Millionen beträgt. Sehr betrüblich ist auch die Zunahme der Sterblichkeit in der Heimat, die durch die mannigfachen Kriegsnöte, insbesondere durch den Nahrungsmangel ohne weiteres erklärlich wird. Einschließlich der Gefallenen beträgt der Menschenverlust infolge erhöhter Sterblichkeit 2,1 Millionen. Mit dem Verlust infolge Geburtenrückganges ergibt das einen Gesamtverlust von 5,6 Millionen Menschen.

Schon lange vor dem Kriege hat sich die Zahl der Geburten andauernd vermindert. Dieser Verlust wurde aber reichlich wettgemacht durch die fortschreitende Verminderung der Sterblichkeit. In den letzten Jahren vor dem Kriege hat sich die Bevölkerung Deutschlands jährlich um rund 800 000 Köpfe vermehrt; im Jahre 1914 betrug sie 67,8 Millionen, und sie wäre bei normaler Entwicklung im Jahre 1918 auf etwa 70,7 Millionen angewachsen gewesen. Tatsächlich war aber die Einwohnerzahl Mitte 1919 auf 65,1 Millionen gesunken. Die Menschenverluste haben natürlich vorwiegend die männliche Bevölkerung betroffen. Dadurch hat sich das Verhältnis der Geschlechter weiter verschoben. Von der Gesamtbevölkerung sind 31,2 Millionen männlichen und 33,9 Millionen weiblichen Geschlechts. Vor dem Kriege kamen auf 1000 Männer 1024 Frauen; jetzt beträgt das Verhältnis 1000 : 1086. Infolge des Umstandes, daß der Krieg vornehmlich Männer im heilbarsten Alter dahingerafft hat, ist das Verhältnis der Geschlechter in dem für die Fortpflanzung wichtigsten Alter noch weit ungünstiger. In den Altersklassen von 20 bis etwa 50 Jahren betrug das Verhältnis zwischen männlichem und weiblichem Geschlecht vor dem Kriege etwa 1000 : 1005; jetzt ist dieses Verhältnis etwa wie 1000 : 1155, und jetzt

man nur die Jahresschiffe von 20 bis 30 Jahren in Betracht, dann ist der Frauenüberschuß noch weit größer.

Die Menschenverluste, die wir durch den Krieg erlitten haben, sind aber mit den hier wiedergegebenen Zahlen nicht erschöpft. Der Gesamtverlust an zeugungsfähigen Männern wird auf 2,5 Millionen geschätzt; daraus wird geschlossen, daß die Geburtenzahl noch längere Zeit nach dem Krieg um mehr als 20 Proz. hinter der Friedenszahl zurückbleiben wird. Dazu muß aber für längere Zeit mit einer höheren Sterblichkeit gerechnet werden. Darauf deutet neben den ungunstigen Ernährungsverhältnissen besonders die erschreckende Zunahme der Tuberkulose. Die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose war im Jahr 1917 schon um mehr als 50 Prozent größer als im Jahr 1913, und für das Jahr 1918 wird die Zunahme sogar auf etwa 70 Prozent geschätzt. Auch andere Krankheiten, wie Typhus und Ruhr, bei denen allerdings nicht so riesige absolute Zahlen in Betracht kommen wie bei der Tuberkulose, weisen gegenüber dem Jahr 1913 eine gewaltige Zunahme der Sterblichkeit auf. Die Zahl der Todesopfer, welche die Grippe forderte, wird von Sachleuten auf 150 000 geschätzt.

Der Krieg hat uns also eine ungeheure Verwüstung an Menschenkraft gebracht, die sich in ihren Nachwirkungen noch lange Zeit hinaus sichtbar machen wird. Der Bearbeiter der vorliegenden Studie, E. Döring, schließt seine beachtenswerten Darlegungen mit folgenden beherzigenswerten Worten:

„Der Wiederaufbau der Menichenkraft muß sowohl wirtschaftlich wie sozial in Angriff genommen werden und das ganze Volk in allen seinen Schichten reiflos erfassen. Wirtschaftlich durch mögliche Besserung der Ernährungsverhältnisse und Einführung günstiger Arbeitsbedingungen, sozial durch umfangreichen Ausbau der gesamten Sozialleistungen (Krankenkasernen, Invalidenfürsorge, Altersversorgung, Unfallversicherung, Wohnungshygiene, Säuglings- und Wöchnerinnenpflege usw.). Das Gesundheitswesen muß Angelegenheit der Gesellschaft, der Arzt von den Fesseln des Erwerbslebens befreit werden. Vorbedingung für wirkliche Lösung dieser Probleme ist es aber, daß die arbeitenden Schichten des Volkes wirtschaftlich und kulturell emporsteigen.“

Unser gewerkschaftliches Arbeiten liegt im Sinne der Verwirklichung dieser Vorbedingung.

Der Siegeszug des Achtstundentages. In einer Studie über die geschichtliche Entwicklung des Achtstundentages, die das „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht, wird eine gedrängte Uebersicht über die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages in den verschiedenen Ländern gegeben. Es heißt dort: Die gesetzliche Einführung des Achtstundentages in Deutschland hat auf die anderen europäischen Länder bahnbrechend gewirkt. Zwar hatte schon vor dem deutschen Gesetz Rußland (auch Finnland) den achtstündigen Arbeitstag nominal eingeführt, doch konnte das Beispiel Rußlands, selbst wenn es dieses Gesetz eingehalten hätte, wegen der geringen Entwicklung seiner Industrie und Kultur wenig überzeugend wirken. Nachdem aber der Industriestaat Deutschland zum Achtstundentag übergegangen war, sind ihm andere europäische Länder in wachsender Zahl gefolgt. Zurzeit besteht der gesetzliche Achtstundearbeitstag bereits in: Rußland (Gesetz vom 29. Oktober/11. November 1917), Finnland (Gesetz vom 27. November 1917), Deutschland (Gesetz vom 23. November 1918), Österreich (Gesetz vom 19. Dezember 1918), im Tschecho-Slowakischen Staat (Gesetz vom 19. Dezember 1918) und im Jugo-Slawischen Staat (Gesetz vom 8. Januar 1919). In Schweden hat die Regierung am 4. März 1919 ein Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag mit der Maßgabe genehmigt, daß dasselbe am 1. Juni 1920 in Kraft treten und zunächst bis zum 31. Dezember 1923 gelten soll. In Norwegen und neuerdings auch in Frankreich sind die Gesetzesvorlagen über den Achtstundentag von Kammer und Senat angenommen worden (Journal Officiel vom 25. April 1919). In Dänemark hatte das Ministerium schon am 22. November 1918 die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages vorgeschlagen. Obgleich die Vorlage die gesetzgebenden Körperschaften noch nicht passiert hat, dürfte sie nach der allgemeinen Meinung doch angenommen werden. Italien hat eine sehr starke Bewegung zugunsten eines allgemeinen achtstündigen Arbeitstages, der in wichtigen Gewerbebezügen (Schweizerindustrie, Maschinen- und Schiffbau und Textilindustrie) schon verwirklicht ist. In Großbritannien, dem flächigen Land der durchgehenden Arbeitsweise, erringt

eine Arbeiterkategorie nach der andern den Achtstundentag. Die Bergarbeiter, die ihn zum Teil schon seit 1908 und gesehlich seit 1908 haben, verlangen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. In den britischen Eisen- und Stahlwerken ist die Achtstundenschicht seit 1906 größtenteils eingeführt. Den Eisenbahnern ist der Achtstundentag am 1. Februar d. J. bewilligt worden. Die von der Regierung am 27. Februar einberufene Landesindustrielkonferenz hat sich für eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden ausgesprochen, wobei Veränderungen nach unten oder nach oben besondern Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen bleiben sollen. Ein entsprechender Gesekentwurf ist bereits ausgearbeitet worden. Der „Economist“ sieht schon den Sechstundentag, wenn nicht unmittelbar, so doch voraussichtlich in der nächsten Zukunft kommen. In den Vereinigten Staaten haben zunächst die Bergleute, die Eisenbahner (Adamsong Act vom 15. September 1916) und 1918 auch die Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke den Achtstundentag erreicht, sechs amerikanische Einzelstaaten (Kalifornien, Colorado, District of Columbia, Montana, Nevada und Washington) besitzen den gesetzlichen Achtstundentag für Frauen. In Mexiko und Uruguay wurde der Achtstundentag schon 1917 eingeführt. In Australien und Neuseeland ist er seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu Hause.

× 6 Millionen Mitglieder im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Zum Gewerkschaftskongress in Nürnberg konnten wir die erfreuliche Mitteilung bringen, daß die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften bereits 6,4 Millionen betrug. Heute ist diese Zahl überholt. Nach den neuesten uns zur Verfügung stehenden Ziffern sind gegenwärtig 6.097.300 Mitglieder in unseren Zentralverbänden vereinigt. Diese erfreuliche Zunahme zeigt am besten, daß die Arbeitermassen erkannt haben, wie die gewerkschaftliche Organisation die Voraussetzung jeder dauernden und wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen darstellt. Auch die Tatsache, daß in den wenigen Wochen seit dem Nürnberger Kongress rund 700.000 neue Mitglieder den Gewerkschaften zufließen, ist nicht ohne Interesse. Sie darf als ein symptomatischer Beweis dafür angesehen werden, daß die Beschlüsse des Kongresses dem Bewußtsein der Arbeitermassen entsprechen. Die große Masse der Arbeiterschaft will eine Vertretung ihrer Interessen, die sich nicht von Zufallsstimmungen führen läßt, sondern ihres Weges zielbewußt geht und ihre Maßnahmen dem jeweils Möglichen anpaßt. Die übergroße Mehrheit des Gewerkschaftskongresses war von diesem Gedanken ge-

leitet, ihre Beschlüsse wurden von den reichen Erfahrungen, die das Ergebnis der bisherigen jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kämpfe sind, diktiert. Solange dieser feste Boden nicht verlassen wird, dürfen wir die Zuversicht haben, daß die deutschen Gewerkschaften ihrem Aufmarsch fortsetzen werden.

× Gewerkschaftliche Zusammenkünfte. Am der Verhandlung im Zentralverein der Bildhauer über den Anschluß an den Holzarbeiterverband beteiligten sich von 3069 Mitgliedern 2538 = 82,6 Proz. Für den Anschluß an den Holzarbeiterverband stimmten 1912 = 77,3 Proz., für den Steinarbeiterverband 94 = 3,8 Proz. und für den Bauarbeiterverband 54 = 2,1 Proz. Gegen jede Verschmelzung stimmten 411 = 16,6 Proz. Seit dem Jahre 1909, wo die erste Abstimmung erfolgte, hat sich das Zahlenverhältnis folgendermaßen entwickelt. Es stimmten über Anschluß an den Holzarbeiterverband:

Für Anschluß	Gegen Anschluß
1909: 1142 Mitgl. = 42,4 Proz.	1586 = 57,1 Proz.
1912: 2653 " = 52,0 "	1518 = 47,8 "
1919: 1912 " = 77,3 "	411 = 16,6 "

Nach dem Status ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, welche nunmehr erreicht ist. Der Verbandstag hat die Verschmelzung beschlossen.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Berlin: B.: P. Maspor, K.: Fr. Dytomski, Verbandsbureau: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 II, Zimmer 39/40. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 6072. Geschäftsstunden: 11-1 und 4-7 Uhr. Mittwoch und Donnerstag, nachmittags, geschlossen. Arbeitsnachweis: C. 54, Müllerstr. 9, Hofgeb. IV.

Danzig: B.: F. Gehrmann, Danzig-Langfuhr, Lingstr. 11. K. R. Paetsch, Al. Bäckerstraße 7.

Altenau: B.: W. Volkman, Bismarckplatz 3a. K.: A. Rinmer, Hinterwajen 1.

Briefkasten.

J. W. in B. Für diese Nummer leider zu spät. — Zurückgestellt für nächste Nummer wurden: Der Gesekentwurf über die Betriebsräte. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Erhöhung der Lohnspändungsgrenze.

Literarisches.

Die Sozialisierung, ihre Aufgabe und ihre Form. Von Dr. Ed. Heimann (vormals Geschäftsführer der Sozialisierungskommission). Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 1 Mk.

In einer Zeit, da alles von Sozialisierung spricht, wird es den meisten erwünscht sein, zu erfahren, was man darunter versteht und wie man sich eine solche, die gesamte Volkswirtschaft umbauende Maßnahme vorzustellen hat. Ein Bild davon in gemeinverständlicher Form gibt der vorliegende Vortrag. Er leitet aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft die ihr innewohnenden Schäden auf den drei Gebieten der Güterverteilung, der Produktion und des Güterumlaufs ab und gibt die Maßnahmen an, die diese Schäden überwinden sollen. Als Beispiel für die Sozialisierung wird das nach den Vor schläge der Sozialisierungskommission aufgestellte Programm der Bergesellschaftung des Kohlenbergbaus dargestellt und die wichtigsten dabei auftauchenden Fragen, z. B. die Aufgaben der Betriebsräte und der Entschädigungen erörtert. Ein ausführlicher Anhang gibt Anleitung, sich weiter in den Stoff zu vertiefen.

Das Programm der Kommunisten (Vollschweif). Von N. Bucharin. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 3 Mk.

Die Frage des Bolschewismus ist wohl die brennendste für die moderne Welt. Trotzdem gibt es heute kaum etwas, über das sich die Menschen so unklar sind, wie darüber, was die Bolschewisten eigentlich wollen. Es ist daher zu begrüßen, daß das Programm der Kommunisten, wie es Bucharin niedergelegt hat, in einer wohlfeilen Ausgabe in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Die 19 Kapitel der Schrift handeln von der Herrschaft des Kapitals, von der Arbeiterklasse, der Kriegspolitik und der kommunistischen Gesellschaft. Die Begründung der Diktatur des Proletariats, der Käteorganisation, der wirtschaftlichen Organisation der Landwirtschaft, der Industrie, des Konjums und des auswärtigen Handels sind Fragen, die auch die nicht bolschewistischen Eliten in höchstem Maße interessieren müssen, weil sie auf den Verkehr mit Rußland angewiesen sind. Jeder, der sich in der Programmschrift näher orientiert, wird den Komplex der schwierigen Fragen, die im Vorbergrunde des öffentlichen Interesses stehen, ganz anders zu beurteilen vermögen als vorher.

Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Am 12. August starb unsere junge Kollegin
Lucie Kurth.
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Karlsruhe.
Unserer lieben Kollegin **Fräulein Paula Morsch** zu ihrer Verlobung mit **Herrn Max Walter** die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Karlsruhe.

1 größere und 1 kleinere Beschneidemaschine
Friedensware, wenig gebraucht, ist lobesfallhalber zu verkaufen. **H. Schmidts, Graubenz, Courbièrestraße 35 III.**

Hebelschneidemaschine alt, möglichst klein.
kauft Volle, Berlin, Dunderstr. 24.

Großbuchbinderei
in Berlin sucht Reisenden mit Fachkenntnissen.
Angebote mit Angabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen unter **H. 8817 B** an **Haafenstein & Vogler, Berlin W. 35.**

Lohntarif für Buchbinderarbeiten
Preis für Mitglieder 1,20 Mk. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,40 Mk.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten
Preis für Mitglieder 80 Pf., für Nichtmitglieder 1,30 Mk.
Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Sendungen sind nur an **E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, Postfachkonto Nr. 23210**, zu richten.



WIRIL Klebstoffe
sind allen voran
Glänzende Begutachtungen
Lieferanten von Staats- u. städt. Behörden, industriellen Werken u. der Handelswelt.
Muster v. 5kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben
Chemisch Technische Werke
Willybald Richter
Leipzig Querstr. 4/6
Tel. 3049, 11248 ★ Felegr. Ad: *Wirilwerke*
Zur Messe: **Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.**